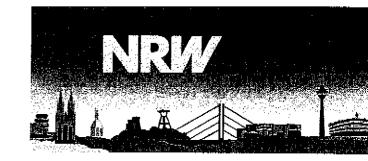
Landesdelegiertenkonferenz

8. September 1990 Bielefeld, Stadthalle



Protokoll

4

Li	nhaltsverzeichnis	Seit	Seite/n			
1.	Eröffnung		1			
2.	Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz a) Wahl der Versammlungsleiterin b) Wahl des Schriftführers c) Wahl der Vertrauensfrau d) Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmerinnen zur Versicherung an Eides Statt f) Wahl der Mandatsprüfungskommission g) Wahl der Wahlkommission	1	-	2		
3.	Grundsatzrede Ministerpräsident Johannes Rau Landesvorsitzender der SPD in NRW	3	-	12		
4.	Beschlussfassung über a) die Tagesordnung b) die Geschäftsordnung	13	-	15		
5.	Grussworte		15			
6.	Bericht der Mandatsprüfungskommission		15			
7.	Antragsberatung		16			
8.	"Fortschritt 90 - Offensive für ein modernes Deutschland" Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Zöpel	17	-	26		
9.	Beschlussfassung über die Landesliste a) Platz 1 der Landesliste b) Platz 2 bis Schluss der Landesliste	27	-	28		
	Feststellung zum Wahlverfahren und Wahler- gebnis		28			
10.	Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD Willy Brandt	29	-	36		
11.	Schlusswort		37			

Ŕ

(__

1. Eröffnung

Die stellvertretende Landesvorsitzende Antje H u b e r eröffnete die Landesdelegiertenkonferenz. Sie begrüsste die Anwesenden, im besonderen Willy Brandt, Anke Fuchs, Friedhelm Farthmann und Hans Berger, dem sie zur Wahl zum IGBE-Vorsitzenden gratulierte.

- Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz
 - a) Wahl der Versammlungsleiterin
 - b) Wahl des Schriftführers
 - c) Wahl der Vertrauensfrau
 - d) Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes
 - e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmerinnen zur Versicherung an Eides Statt
 - f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - g) Wahl der Wahlkommission

Es wurden vorgeschlagen und einstimmig gewählt:

a) als Versammlungsleiterin Antje Huber

, Bezirk Niederrhein;

b) als Schriftführer

6

Axel Horstmann

, Bezirk Ostwestfalen-Lippe;

c) als Vertrauensfrau Ingeborg Friebe

, Bezirk Niederrhein;

d) als stellvertretender Vertrauensmann Hans Frey

, Bezirk Westliches Westfalen;

e) als Versammlungsteilnehmerinnen zur

Versicherung an Eides Statt (Delegierte) Gabriele Behler

Gisela Gebauer - Nehring

, Bezirk Ostwestfalen-Lippe

, Bezirk Mittelrhein;

f) als Mitglieder der Mandatsprüfungskommission

Günter Harke

Barbara Ingenkamp Wilfried Mittelberg

Herbert Nilges
Heide Schmidt
Erwin Stahl

Rainer Verhoeven

Hildegard Wester

, Bezirk Ostwestfalen-Lippe

, Bezirk Mittelrhein

, Landeskontrollkommission

, Landeskontrollkommission

, Bezirk Westliches Westfalen

, Landeskontrollkommission

, Landeskontrollkommission

, Bezirk Niederrhein ;

g) als Mitglieder der Wahlkommission

Heinrich Becker
Lutz Beine
Klaus Besse
Detlef Bogdahn
Veronika Franke
Peter Fricke

Wilfried Mittelberg

Herbert Nilges
Erwin Stahl
Astrid Ströbele
Rainer Verhoeven

Gerlinde Weinsberg - Mein

, Bezirk Ostwestfalen-Lippe

, Bezirk Mittelrhein

, Bezirk Westliches Westfalen

, Bezirk Westliches Westfalen

€

, Bezirk Ostwestfalen-Lippe

, Bezirk Niederrhein

, Landeskontrollkommission

, Landeskontrollkommission

, Landeskontrollkommission

, Bezirk Mittelrhein

, Landeskontrollkommission

- Meinert, Bezirk Niederrhein.

Grundsatzrede Ministerpräsident Johannes R a u Landesvorsitzender der SPD in NRW

Liebe Freunde,

die historischen Daten, mit denen wir es zu tun haben, werden immer gedrängter in den hinter uns liegenden und in dem vor uns liegenden Jahr. Ich selber komme gerade von einer viereinhalbtägigen Reise nach Israel. Dort habe ich mit Freunden gesprochen, mit denen wir als nordrhein-westfälische Sozialdemokraten seit Jahrzehnten verbunden sind und die gerne diese Verbundenheit fortsetzen und erneuern möchten. Dort habe ich gesprochen mit den Vertretern der Regierung, die ihre Sicherheitspolitik so verstehen, daß ihnen das Gespräch mit den Menschen in den besetzten Gebieten kaum möglich scheint. Ich habe mit denen gesprochen, die in den besetzten Gebieten um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen und mit vielen, die sehr viel stärker noch als wir spüren, wie sich die Welt verändert hat in den letzten vier Wochen.

Viele haben gefragt nach der deutschen Einheit. Viele haben gefragt, wie wir damit wohl umzugehen wüssten und ob es Anlaß gäbe, Sorgen zu haben vor einem großen, zu starken oder sich zu groß oder zu stark fühlenden Deutschland. Aber noch mehr haben von der Sorge gesprochen, daß die Politik eines Diktators und eines Aggressor die ganze Welt in Brand setzen könnte, Sadam Hussein.

Wir treffen uns hier vor einem Tag, der morgen George Bush und Michail Gorbatschow zusammenbringt in Helsinki. Sie werden darüber reden, ob es friedliche, ob es diplomatische Möglichkeiten gibt, diesen Konflikt zu lösen und den Frieden im Mittleren Osten wiederherzustellen. Ich spreche davon zu Beginn dieser Delegiertenkonferenz nach einer mich immer noch bewegenden Reise, damit wir uns richtig einordnen, damit wir wissen und lernen, daß sich die Welt verändert, daß der Ost-West Konflikt, der aufgehoben und überwunden scheint, nicht das Ende der Konflikte ist, daß es jetzt höchste Zeit ist – und das habe ich in den ersten Minuten meiner zugegebenermaßen nicht kurzen Regierungserklärung gesagt – daß es jetzt höchste Zeit ist, zu erkennen: Wir in den Industrieländern sind danach gefragt, ob wir mithelfen, den Nord-Süd Konflikt zu lösen, ob wir helfen, zu lösen, das was es an Spannungen gibt durch die Anhäufung des Reichtums im Norden und durch die Ausbreitung der Armut im Süden. Das ist eine Weltfrage.

Das ist eine weltpolitische Frage, aber es ist gleichzeitig eine politische Frage, die auch uns herausfordert im eigenen Interesse wie im Interesse der anderen Völker.

Wir leben im Jahrhundert der Flüchtlinge, wir leben in einer Zeit in der viele, viele Millionen Menschen unterwegs sind, nicht nur aus politischen Gründen, oft aus wirtschaftlichen Gründen, die wir besser soziale Gründe nennen sollten. Wir spüren, daß wir vor Herausforderungen stehn, die größer zu sein scheinen, als unsere Kraft. Da kommt es darauf an, daß die Deutschen erkennbar sind, daß wir erkennbar sind in unserem klaren Ja, zu dem was die Vereinten Nationen gegenwärtig tun zur Bewältigung der Krise im Mittleren Osten. Es komt darauf an, daß wir in unserer Verläßlichkeit erkennbar sind, denn nur so kann von Helsinki ein unmißverständliches Signal ausgehen. Dieses Signal darf dann nicht nur heißen "zurück mit den

Irakis aus Kuweit", darf dann nicht nur heißen "Selbstbestimmung für alle Völker im Mittleren Osten", sondern dieses Signal muß dann auch heißen, und das sagen wir in der Bundesrepublik und in Nordrhein-Westfalen in aller Betroffenheit im wörtlichen Sinne des Wortes: Schluß mit den A-Waffen, Schluß mit den B-Waffen, Schluß mit dem Export von Material für C-Waffen. Wir dürfen nicht zulassen, daß der Massentod ein Exportartikel ist. Wir müssen uns einsetzen für die weltweite Ächtung dieser Waffen.

Wer das sagt, der weiß: Es gibt auch Verdacht gegen deutsche Unternehmen. Es gibt auch Verdacht gegen nordrhein-westfälische Unternehmen, daß sie an der Chemiewaffenherstellung und an ihrer Ermöglichung beteiligt gewesen sind. Solange nur Verdacht besteht, darf man keinen verurteilen. Aber wenn Urteile möglich sind, dann gehören die Verantwortlichen nicht vor gut drapierte Bilanzpressekonferenzen, sondern vor den Staatsanwalt und vor Gericht.

Wir dürfen keine Schlupflöcher zulassen. Wir brauchen schärfere Kontrollen, schärfere Gesetze, härtere Strafen für Waffenhändler. Darum sind wir aktiv geworden. Das Außenwirtschaftsgesetz ist novelliert und jetzt muß das Kriegswaffenkontrollgesetz novelliert werden. Wir müssen dafür sorgen, (daß Waffenexporte in die Länder der Nato und in vergleichbare Länder nicht zum Alibi werden dafür, daß wir unter den ersten fünf Waffenexporteuren in der Welt sind. Ich habe in Ahlen davon gesprochen, von dem Traum, daß die Menschen den Container auspacken in den Häfen der Welt und bei dem Wort "made in Germany" die Filteranlagen entdecken und nicht U-Boot-Teile, Wasseraufbereitungsanlagen und nicht U-Boote.

Das muß unsere Politik sein. Aufgrund dieser Politik haben wir neue und vergrößerte Möglichkeiten in der Situation, in der wir als Volk stehen. Unser aller Denken ist in den letzten Monaten bestimmt durch die deutsch-landpolitische Entwicklung. Der 9. November, die Wochen davor, die Erlebnisse in den Botschaften in Prag und in Budapest, dann der Abend selber und all das, was sich an den Abend angefügt hat.

Wären wir nicht im politischen Geschäft oft so abgebrüht, dann dürfte man wohl die Wirklichkeit so beschreiben: Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Was wäre mit demjenigen geschehen, der ein Szenario entwickelt, eine Geschichte erzählt hätte, mit dem 9. November 1989 und dem 3.Oktober 1990 so wie sie sind und wie sie sein werden. Man hätte ihn wahrscheinlich in ärztliche Behandlung geschickt. Denn wir hatten uns alle eingerichtet mit der Zweistaatlichkeit. Wir hatten versucht, diese Zweistaatlichkeit zu durchlöchern. Wir haben uns für keinen Versuch zu entschuldigen, bei dem es uns gelungen ist, noch zu Zeiten der Mauer durch unendlich viele mühsame Gespräche Menschen freizukaufen und herzuholen aus der DDR. Wir werden uns dafür nicht entschuldigen.

Aber jetzt sind die Aufgaben andere, jetzt werden wir gefragt, ob wir auch für diese Aufgaben gerüstet sind. Richtig vorbereitet sind wir nur, wenn wir erkennen: Das war kein Jahr der Deutschen, wie der Kanzler einmal gesagt hat, sondern das war ein Jahr europäischer Freiheitsbewegung, das war nicht ein Sieg dieser oder jener Politik über diese oder jene, sondern das war der Erfolg der Menschen, die den aufrechten Gang geübt haben, als das noch lebensgefährlich war und das war der Erfolg der Menschen, die in Prag und in Warschau und in Budapest europäische Freiheitsbewegung möglich gemacht haben von Solidarnosc aus und von Charta 77 aus und dann sind die Deutschen dazugekommen und dann haben sie ihren Beitrag gebracht – nicht im Bundeskanzleramt und in Parteizentralen, sondern auf der Straße in Rostock und in Leipzig und in Dresden. Da ist die deutsche Einheit möglich

gemacht worden. Man darf auf den Ruf: "Wir sind das Volk" nicht einfach antworten: "Und ich bin der Kanzler". Da hat man die Geschichte verfehlt.

In weniger als vier Wochen ist die Teilung Deutschlands überwunden. Wir werden die Erinnerung an den 9. November, des ohnehin durch andere Ereignisse belasteten, bewegten Tag nicht vergessen. Nur jetzt ist dieses Datum ein Arbeitsauftrag an uns. Dieser Arbeitsauftrag wird täglich deutlicher. Wir sehen, was die Kommandowirtschaft angerichtet hat. Wer in Bitterfeld nicht nur eine Veranstaltung gehabt hat, sondern wer in Bitterfeld ein paar Stunden Zeit gehabt hat, durch die Straßen zu gehen und in die Betriebe zu kommen der weiß, welche Arbeit da jetzt erst fällig ist.

Wer in Mecklenburg und in Brandenburg, in Thüringen und in Sachsen-Anhalt gewesen ist, der weiß, wie sehr die Bürger dort in dem Gefühl leben, sie hätten nur Sand unter den Füßen und alles rutsche weg, und der wird die Herausforderung sehen, die in den Tagen vom 14. Oktober und vom 2. Dezember liegt, der wird alles tun, damit wir jetzt nicht schuldig bleiben bei der Erfüllung des Satzes, den Willy Brandt gesprochen hat: "Es wächst zusammen, was zusammengehört." Ich sage das vor nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten, weil ich ihnen danken möchte für das, was sie in den letzten Monaten und in den Ländern der bisherigen DDR getan haben, und was sie in den nächsten Wochen tun werden. Ich kann keinem versprechen, daß das weniger wird in den nächsten drei Monaten, sondern ich kann nur bitten: Setzt alle Kraft ein, stellt alle freie Zeit zur Verfügung, lasst alle Selbstbeschäftigung im eigenen Ortsverein, solange ihr helfen könnt, daß das Zeichen der sozialen Demokratie in der DDR größer wird. Da hilft nicht nur ab und zu einmal ein Abenteuerurlaub, 14 Tage Urlaub. Da ist Arbeit gefragt.

Wir haben uns ja etwas dabei gedacht, als wir Anke Fuchs und Friedhelm Fahrtmann ermutigt haben, in Thüringen und in Sachsen sich um das Amt des Ministerpräsidenten zu bewerben. Uns haben nicht nur die guten Erfahrungen in Leipzig ermutigt, sondern der Hinweis vieler Menschen aus der DDR: Gebt uns jetzt Hilfe durch eine paar gestandene Leute, durch ein paar Leute, die demokratische und politische Bewährung in einem Maße angereichert haben, das wir nicht anreichern konnten. Dann haben wir eine Chance gegen diejenigen, die auf der breiten Basis alter Blockparteien jetzt neue Politik machen wollen. Die Frage an uns ist, ob wir das möglich machen, ob wir dabei mithelfen, ob wir unseren Beitrag leisten.

Die wenigsten haben bewußt zur Kenntnis genommen, daß wir im Juni eine Sitzung des Bundesrates gehabt haben, die war einmalig in der Geschichte des Bundesrates. Es war die erste Sitzung in 41 Jahren, in denen die sozialdemokratischen Regierungen die Mehrheit hatten. Das hat es noch nie gegeben. Auch in den 13 Jahren der Kanzlerschaft von Willy Brandt und Helmut Schmidt haben die beiden immer regieren müssen gegen eine konservative Mehrheit im Bundesrat. Der 13. Mai hat das verändert. Aber der 14. Oktober könnte es wieder umdrehen, wenn wir nicht dafür sorgen, daß in den Ländern der bisherigen DDR SPD-geführte Regierungen zustandekommen.

Da weiß jeder, - bei geringentwickelter Meinungsforschung in der DDR -, daß die Wahl vom 18. März und vom 6. Mai keine typischen Wahlen gewesen sein konnten, in einem Land, in dem es seit 1932 keine freien Wahlen mehr gegeben hat. Jeder weiß, daß das Spiel offen ist, daß die Chancen da sind, daß man sie aber auch ergreifen muß. Wer jetzt durch die DDR fährt, der wünscht sich ja nicht nur, daß da mehr Politik geschieht, sozialdemokratische Politik erkennbar wird, arbeitnehmerorientierte Politik erkennbar wird. Er wünscht sich auch, daß endlich die Investoren in die DDR gehen, nicht nur die Gebrauchtwarenhändler, denn das ist gegenwärtig die Situati-

on. Ich habe neulich mit dem Bürgermeister von Oranienburg gesprochen, der keiner Partei angehört, und den ich seit über 30 Jahren kenne, ein Mann mit fünf Berufsverboten, der einem Stadtrat vorsitzt, in dem sein eigener Bruder als PDS-Vertreter sitzt. Den habe ich gefragt: "Wie ist denn Deine Stimmung?" Da hat er gesagt: "Wir waren 29 Jahre Schiffbrüchige, jetzt kommen wir an Land und werden von lauter Seeräubern überfallen."

Es ist bedrückend zu erleben, wie tausende von Westdeutschen rüberfahren, um die schnelle Mark zu machen, statt daß dreihundert Unternehmer hingehen, um da Fabriken zu errichten und was zustande zu bringen.

Was ich gesagt habe zur europäischen Dimension der Deutschen Einheit, das dürfen wir nicht vergessen, nicht nur wegen der historischen Wahrheit. Wir dürfen es auch deshalb nicht vergessen, weil der deutsche Einigungsprozeß seine Glaubwürdigkeit, seine Rechtfertigung nur bekommt, wenn wir ihn verstehen als einen Teil des europäischen Einigungsprozesses, so wie wir gute Nachbarschaft erfahren und erlebt haben mit Belgien und Holland, Luxemburg und Frankreich und mit Dänemark. Wir, die wir vier Jahrzehnte lang selbstverständlich über Grenzen gehen konnten, wir, die wir bei Unternehmen beschäftigt sind, die längst nicht mehr national orientiert sind, sondern (entweder von den Eigentumsverhältnissen oder von den Kundenverpflichtungen her europäisch oder weltweit oientiert sind.

Wir können und wir wollen nicht zurück zum Nationalstaat des 19 Jahrhunderts Bismarckscher Prägung. Wir wollen ein Teil Europas sein, eines vielfältigen Europas und wollen in dies vielfältige Europa unsere Vielfalt einbringen. Die deutschen Sozialdemokraten haben ihren Beitrag geleistet. Wie immer der Urheberstreit weitergeführt wird über die Frage, wie denn das zustande gekommen sei, was wir miteinander jetzt aufbauen: Ohne die Ostpolitik von Willy Brandt, ohne die Entspannungspolitik gäbe es Gorbatschow nicht, und gäbe es Gorbatschow nicht, gäbe es diese Politik nicht, die wir heute haben. Wir wollen das nicht vergessen.

Leicht ist das nicht gewesen, ich weiß das als einer, der erst als Jüngerer, dann als immer Älterer dabei gewesen ist, diese letzten zwei, drei Jahrzehnte. Leicht ist das nicht gewesen, die Schallmauer der Vorurteile zu durchbrechen und vom kalten Krieg von 1961, vom Mauerbau zu der Politik des Wandels durch Annäherung zu kommen, die zuerst die Mauer durchlässig und sie dann eines Tages hinfällig machte. Leicht war das nicht und darum, weil wir diese Arbeit geleistet haben, darum kommt es jetzt darauf an, daß wir außer dem Staunen und außer dem Jubel der berechtigt, begründet und verständlich ist, auch unseren Beitrag leisten zu dem inneren Zusammenwachsen der Deutschen, damit das in den nächsten Jahren zustande kommt.

Da waren die Auseinandersetzungen über die Staatsverträge. Ich kann alle die verstehen, die der Nachrichten und der Meldungen überdrüssig wurden über Wahltermine, über Wahlgesetze und über Staatsvertrag 1 und Staatsvertrag 2. Ich kann sie alle gut verstehen. Aber warum haben wir denn diesen Streit geführt, warum haben wir ihn denn zu einem guten Ende gebracht? Weil es uns darum ging, in einem sich immer stärker selbst beschleunigenden Prozeß dafür zu sorgen, daß die Leute nicht unter die Räder kamen, daß die Menschen nicht ins Bergfreie fielen durch den Beitritt. Darum haben wir mitgewirkt an einem Staatsvertrag, der jetzt paraphiert ist und in dem wir unsere zentralen Punkte durchgesetzt haben.

Endlich gibt es Rechtssicherheit für Grund und Boden. Endlich gibt es die Konfiszierung der Milliarden unberechtigt zustande gekommener Vermögen der SED und der Blockparteien. Milliarden sind da angehäuft worden. Endlich gibt es eine Rechtsangleichung zwischen der DDR und uns, die nicht nur auf dem schwierigen Gebiet zählt, das man mit dem Stichwort § 218 bezeichnet. Stundenlange, schwierige Gespräche waren nötig. Es gibt auch Verbesserungen beim Mieterschutz in der bisherigen DDR.

Was die Diskussion um Fristen- und Indikationslösung angeht, ein Feld, von dem jeder weiß, daß der einzelne an seine Gewissensentscheidung gebunden ist, da darf keiner den anderen zu überwältigen versuchen. Soviel ist erreicht, daß endlich deutlich ist: Den § 218 in der bisherigen Form wird es in zwei bis drei Jahren nicht mehr geben, sondern es wird in zwei, drei Jahren geben einen klaren Vorrang von Beratung und Hilfe vor Strafandrohung. Das Strafrecht ist nicht geeinet, das Leben zu schützen. Die Gesellschaft kann werdendes Leben schützen, aber nicht mit den Mitteln des Strafrechts.

Ob daraus, liebe Freunde, eines Tages, aus dem, was da zustande gebracht worden ist insgesamt, eine neue Verfassung entsteht, das ist noch offen. Ich wünschte mir das. Ich wünschte mir, wir würden das Grundgesetz nicht kleinreden, denn es ist ein großes Angebot und es ist eine Verfassung, die eigene Strahlungskraft hat. Aber ob wir selber in guter Verfassung sind, da ist auch noch zu klären, wie es denn mit der wirklichen Gleichstellung von Mann und Frau steht, wie es denn mit der wirklichen Bemühung um den Schutz nicht nur unserer Lebensgrundlagen, sondern der Natur steht, der Schöpfung, wie andere sagen würden. Deshalb wollen wir Sozialdemokraten uns dafür einsetzen, daß dieses Grundgesetz nicht beiseitegeschoben, sondern verbessert wird, daß es ergänzt wird in wichtigen, essentiellen Punkten und daß dann die mündigen Bürger dieses Volkes die Chance haben, die Geburtsurkunde des neuen deutschen Staates auch mit einer Volksabstimmung zu unterschreiben und zu ratifizieren.

Es hat lange gedauert, es hat schwierige Gespräche nötig gemacht, damit in der Präambel dieses Staatsvertrags wenigstens ein paar Worte darüber stehen, daß unser Zusammenwachsen kein Vorgang ist, so normal wie jede andere Konföderation, sondern daß in diesem Staatsvertrag steht, daß wir uns unserer besonderen Verantwortung vor unserer Geschichte bewußt sind, daß wir uns dieser Verantwortung auch bewußt sind gegenüber den Menschen, die durch Deutsche Leid erfahren haben. Viele von ihnen sind entschädigt worden. 16 Millionen hatten keinen Zugriff auf solche Entschädigung. Dies ist kein erstes Thema, aber es ist eine Frage nach dem Selbstverständnis eines Staate, ob er beim Zustandekommen seiner Einheitlichkeit und seiner Einheit die vergißt oder die nicht vergißt, die sprachlos gewesen sind vier Jahrzehnte lang, die sich nicht zu Wort melden konnten. Ich freue mich darüber, daß es gelungen ist, hier einen Weg zu finden, der das Gespräch möglich macht.

Nun haben wir es zu tun mit der Stabilisierung der Unternehmen, mit dem Ausbau der Infrastruktur, mit dem Errichten von Ländern und Gemeinden unter Bedingungen, die sich keiner vorstellen kann. Wir haben in Nordrhein-Westfalen bei Land und Gemeinden insgesamt etwa 650.000 Beschäftigte. In der jetzigen DDR bei 16 Millionen Einwohnern sind es 2,1 Millionen. Wie soll das gehen? Wir haben in Nordrhein-Westfalen 396 Gemeinden, die größte mit etwa einer Million, die kleinste mit unter 5.000 Einwohnern. In der DDR gibt es 7.700 Gemeinden. Die Durchschnittsgrößen sind eher vierstellig als fünfstellig. Wie soll das gehen? Der Begriff Finanzamt, der Begriff eigenes Steuerrecht ist unbekannt, kommunale Abgaben existieren nicht. Da sitzen jetzt Tausende von Stadtverordneten und Gemeinderäten und sollen Daseinsvorsorge betreiben und wissen nicht, mit welchen Mitteln.

Vierhundert nordrhein-westfälische Beamte sind im Augenblick in Brandenburg und Mecklenburg und versuchen, mitzuhelfen. Ich danke den vierhundert. Ich wäre froh, wenn es achthundert wären, denn das ist ein Stück politische Lebensrettung, was da geschieht und das ist ein Stück des Prinzips, von dem wir immer gesprochen haben: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Wir haben das immer als sozialpolitische Aussage formuliert, es gilt aber auch für unser Verhältnis zur DDR. Darum möchte ich gerne vor denen, die hier versammelt sind, dem Eindruck widerstehen, die Länder wären nicht bereit, zu teilen. Wir zahlen 3,3 Milliarden bis 1994 an die DDR, ab 1995 1,3 Milliarden jedes Jahr. Wir gehen aus von einer Belastung von insgesamt mehr als 30 Milliarden und wir verzichten auf Steuern von 1,8 Milliarden bis 1994. Das wird schwer. Das werden wir spüren im Landeshaushalt und in den kommunalen Haushalten, aber wir müssen uns der Verantwortung stellen in Thüringen, in Sachsen, in Mecklenburg, in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt.

Ich habe von diesen Aufgaben gesprochen, nicht obwohl wir hier eine Bundestagsliste machen, sondern weil wir eine Bundestagsliste machen. Das ist die erste Liste zum Deutschen Bundestag für eine Wahl zu einem gesamtdeutschen Parlament. Wir gewöhnen uns erst langsam an diesen Gedanken. Wir gewöhnen uns erst langsam daran, daß in sechs Wochen Regierungsvertreter aus der DDR im Bundesrat sitzen werden und in acht Wochen mit Stimmrecht.

Da finde ich es nicht schlimm, daß unsere Landtagswahl und die Freude über den Sieg durch diese deutsch-deutschen Ereignisse überlagert worden sind. Aber jetzt vier Monate danach darf man doch mal fröhlich sagen: Ganz so selbstverständlich war das nicht, daß die Sozialdemokraten das dritte Mal die absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen gewonnen haben. Das hat es vorher noch nicht gegeben, aber es ist ein Rekord, der übertroffen werden kann 1995, wenn wir bei der Sache bleiben, wenn wir unseren Erfolg fortsetzen, wenn wir praktische Reformen in einer Zeit neuer Herausforderungen zu realisieren versuchen.

Wie 1980 und 1985 haben wir im Landag klare Verhältnisse Ein bißchen bunter ist es da geworden. Wir tragen Verantwortung in der Regierung, die anderen tragen Verantwortung in der Opposition. Wir sind kein strukturell sozialdemokratisches Land. Wer die Parteiengeschichte nach 1945 kennt und die von Weimar noch dazu, der weiß das. Woran liegt das? Wo ist da der Schlüssel zu solchem Erfolg. Ich denke, der Schlüssel liegt darin, daß wir versucht haben, Politik nicht nur für die uns anvertrauten Menschen zu machen, sondern mit ihnen. Der Schlüssel liegt darin, daß wir eine Partei gewesen und geblieben sind, die gesprächsbereit war, die Konsequenzen erst nach dem Dialog zieht.

Ich habe das oft über mich gelesen, wie ich zögerte und zauderte. Ich habe das oft über mich gelesen, daß ich so ein Dialogmensch wäre. Ich bin damit nicht unzufrieden. Wer die Landtagswahlen 1980 hingezögert und die 1985 hingezaudert hat, der durfte die 1990 auf die gleiche Weise gewinnen. Man muß da nur sehen, wie machen wir das nicht zu einem Stilmittel sondern zu unserem Bewußtsein, daß die Partei nicht für sich selber da ist. Stellt Euch mal vor, jeder, der auf dem Plakat hängt als Kandidat, würde einmal am Tag daran denken, daß er nicht da hinge und daß sein Interview keine Schlagzeile machte, wenn es nicht Tausende gäbe, die noch nie ein Interview gegeben haben, aber die Plakate geklebt haben. Wenn es die nicht gäbe.

Wir brauchen eine neue Kultur des Zusammenlebens. Wir müssen Brücken schlagen, wir müssen Verbindungen suchen, wir müssen Trennendes überwinden und wir müssen auf Versöhnung hinarbeiten, wo Spaltung droht. Die Wähler für die 50,0 % gehören uns nicht. Da sind welche dabei, die sind eigentlich CDU, eigentlich Grün, eigentlich FDP, die haben uns einmal vertraut, diesmal. Da muß man fragen, ob man da unserer Politik abspürt, daß wir uns um deren Zustimmung bemühen, daß wir nicht die Stimmen im Sack haben, sondern daß wir Rechtfertigung abzulegen versuchen für das, was wir tun.

Das heißt für uns in Nordrhein-Westfalen jetzt, daß wir die drei Aufgaben klar sehen müssen, vor denen wir stehen und die gleichzeitig die Möglich-keiten auf anderen Feldern begrenzen: Die Nord-Süd-Frage, den europäischen Binnenmarkt und das vereinte Deutschland in einem vereinten Europa. Das sind die Fragen.

Da gilt es nun zu sehen, welche Menschen leben da, mit denen und für die wir diese Politik konzipieren. Da leben Menschen, die werden älter in einem sehr viel stärkeren Maße als früher. Wir haben uns daran zu freuen. Der Anteil der älteren Menschen in den nächsten zehn Jahren wird um 6,5 % zunehmen. Man kann das Datum ausrechnen, an dem jeder dritte Einwohner 60 ist und älter – ich auch nächstes Jahr, habe zuhause aber noch nicht darüber gesprochen.

Wem bei dem Stichwort "alt" nur ein Pflegeheim einfällt, hat, so wichtig das ist, die Dimension dieses Problems nicht begriffen. Es geht um die älteren Menschen, die leben wollen. Die älteren Menschen wollen mehr als Kaffeefahrten nach Holland mit Streuselkuchen und der Möglichkeit, Römertöpfe billig einzukaufen, die wollen den Sinn ihres Lebens erfahren können, und die fragen nach Städten, in denen man das kann und nach Stätten, an denen man das kann.

Wir werden in den nächsten fünf Jahren einen Zuwachs der unter Fünfjährigen haben, über 10 %. Und bei wievielen Gelegenheiten haben wir das nicht gesagt: Es gibt kein Land, das je Kind und insgesamt mehr für Kindergartenplätze ausgibt, es gibt kein Land. Dennoch, wir haben, was die Quote angeht, nur eine Durchschnittszahl und immer noch an vielen Orten familienfeindiche Öffnungszeiten. Wir müssen mehr tun. Wir müssen 100.000 neue Kindergartenplätze bauen in den vor uns liegenden fünf Jahren. Dazu haben wir uns verpflichtet, das muß uns gelingen.

Altenpolitik, Kindergartenpolitik, das ist die Übersetzung des Begiffes solidarische Gesellschaft in die Wirklichkeit. Nun könnte ich die einzelnen Felder der Landespolitik mit Euch und vor Euch abschreiten, liebe Freunde; Die Frage nach den Wohnungen - es gibt wieder Wohnungsnot in Deutschland die Frage nach der Modernisierung unserer Industrie, die vorangekommen ist in den letzten Jahren. Wir sind wieder auf Platz Eins.

Ich glaube, daß es immer welche gäbe, die sagten, aber mein Kapitel, mein besonderes Interesse hat er nicht angesprochen. Ich will das nicht tun, zur Einleitung dieses Zusammenseins, bei dem wir uns ja rüsten wollen, - der Begriff gefällt mir nicht so ganz, fitmachen, liegt mir aber auch nicht - also, bei dem wir uns gegenseitig ermuntern wollen für die nächsten drei Monate, damit die SPD die Nummer Eins in Deutschland wird. Bei diesem Treffen will ich nicht die ganze Breite der Politik entwickeln, sondern von den Sorgen sprechen und davon, wie wir denn dieser Sorgen Herr werden und wie wir den Menschen ihre Sorgen nehmen.

Da ist ein besonderes Feld, das bewegt nicht nur mich, es bewegt jede Ratsfraktion, manchen Ortsverein, aber es bewegt auch die Bürger: Wie werden wir des Problems Herr, daß immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Gründen zu uns kommen. Wie verkraften wir die Belastung der Kommunen angesichts der Asylbewerber, was tun wir, nachdem die Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft sind, diesen sozialen Sprengstoff vor Ort nicht in die Luft gehen zu lassen?

Wer das Asylrecht bewahren will, der darf vor diesen Entwicklungen nicht die Augen verschließen. Es muß ganz klar sein, was immer wir uns da auf die Schultern nehmen und anderen auf die Schulter legen: Wer politisch verfolgt ist, wird auch in Zukunft nicht abgewiesen werden, hat und behält Anspruch auf Asyl.

Nun bemühen wir uns als Landesregierung, herauszukommen aus diesem Ping-Pong-Spiel: Bist Du für den Artikel 16, gegen den Artikel 16. Darüber kann man viele Rechtsseminare machen. Wir glauben, wichtiger ist es, daß wir die gegenwärtige rechtliche Ausformung des Aslyrechts prüfen und daß wir zu Maßnahmen kommen.

Die schwierigste Maßnahme, können wir nicht allein schaffen. Wir müssen die Situation in den Herkunftsländern beeinflußen. Wir müssen dafür sorgen, daß in Rumänien und in Polen und in der Sowjetunion menschenwürd ge Verhältnisse entstehen, aber das dauert lange und je ferner die Länder sind, desto schwieriger ist das. Und immer mehr sind der Bund und die EG und die UNO Adressaten solcher Forderungen, immer stärker als wir. Wir müssen den unkontrollierte Zuzug eindämmen. Wir müssen den Schlepperorganisationen das Handwerk legen, den Rechtsanwälten in den Nadelstreifen, die sagen: Schreib da mal hin "Asyl", dann kannst du drei Jahre bleiben. Wir müssen die Asylverfahren beschleunigen, die materiellen Anreize für die Zuwanderung abbauen, die Unterbringungssituation in den Gemeinden entschärfen, das ist das Programm der Landesregierung jetzt.

Wieviel das kostet, wieviel Konflikte das bringt und wie das Ziel unterschiedlich Verantwortliche, die solidarisch miteinander darüber diskutieren, wie sie das belastet bis ins persönliche Leben hinein, das kann ich bei Herbert Schnoor und Hermann Heinemann und vielen anderen schon spüren und erfahren. Ich denke auch von einem solchen Aspekt der Politik darf man bei einer Delegiertenkonferenz einmal sprechen.

ich möchte denen in den Städten und Gemeinden sagen: Wir wollen sie nicht allein lassen, wir wollen das tun, was wir tun können. Aber unsere Kraft ist auch nicht unbegrenzt. Lange Arbeit ist nötig. Lasten müssen verteilt werden. Wir stehen vor finanziellen Belastungen im Land, die jetzt noch nicht bezifferbar sind, aber sie sind deutlich und sie sind klar geworden, in dem was ich am Anfang zur deutschen Einheit gesagt habe. Wir drängen darauf, daß Nordrhein-Westfalen seine Rolle im vereinten Europa spielen kann. Wir wollen fit sein für den europäischen Binnenmarkt, nicht nur wirtschaftlich. Wir wollen kulturelle Vielfalt möglich machen. Zur kulturellen Vielfalt gehört die Heimat wie die Fremde. Und wir wollen den Bürgern begegnen als Menschen, die nicht sauertöpfisch sind, als Menschen, die nicht einfordern, sondern anbieten, als Sozialdemokraten, die wissen: Manchmal sind die Tage sehr lang, aber es macht Spaß für die richtige Politik einzutreten. Das müssen die Menschen uns anspüren und wenn die Menschen nicht mehr spüren, daß wir sie mögen, dann wählen sie uns auch nicht, und ich kann sie verstehen, wenn sie uns nur wählen, wenn wir sie mögen.

Der 2. Dezember ist ein Einschnitt. Ich selber hab viele Wahlzeiten erlebt, erlitten und durchsteuert, aber dieser 2. Dezember ist ein Datum von ganz besonderer Bedeutung. Sind wir schon vorbereitet, haben wir alles getan? Das Regierungsprogramm liegt vor. Heute abend und morgen tagt in

Bonn die Antragskommission und befaßt sich mit diesen Anträgen, die dazu gekommen sind. Ich kenne bisher nur das Gewicht. Ende des Monats wollen wir sie in Berlin verabschieden auf einem aufregenden Parteitag. Da tagt die West-SPD im Osten und die Ost-SPD im Westen und am zweiten Tag gibt es nicht mehr Ost-SPD und West-SPD. Willy Brandt verliert eines seiner Ehrenvorsitzenden-Ämter -aber eines behält er. Dann kommt es darauf an, ob wir von diesem Tag an unsere Zielvorstellungen verständlich machen, begreif-lich machen.

Von wichtigen Aspekten dieser Zielvorstellungen wird Christoph Zöpel gleich sprechen. Wie soll das weitergehen, wie wollen wir soziale Sicherheit in Deutschland organisieren, wie wollen wir die Lebensbedingungen verbessern, wie wollen wir den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft schaffen? - Wir wollen ja nicht aussteigen aus der Industriegesellschaft.

Von da ab ist dann nicht mehr der Parteitag der Ernstfall, sondern dann geht es darum, ob wir gemeinsam mit dem Kanzlerkandidaten, mit Oskar, alle Anstrengungen machen. Ich kann nur sagen, und da spreche ich aus Erfahrung: Der Kanzlerkandidat kann es allein nicht schaffen, die Partei auch nicht. Es kommt darauf an, wie nahe diese beieinander sind. Der Kanzlerkandidat und die Partei. Und deshalb möchte ich sagen, für uns in Nordrhein-Westfalen: Oskar Lafontaine kann sich auf unsere Geschlossenheit und auf unsere Mitarbeit verlassen.

Wir hätten rechnen müssen mit der Vergeßlichkeit der Leute. Der Ruf: "Ich bin der Kanzler", übertönt die Welt und ich kann ja sogar verstehen, daß er sich daran freut. Wir müssen reden über die Gesundheitsreform und über den 116 AFG mit der Schwächung der Gewerkschaften. Wir müssen reden über die sogenannte Steuerreform. Wir müssen reden über das, was es an Politik in den hinter uns liegenden vier Jahren in der Bundesrepublik gegeben hat, wir müssen die Verschleierung unmöglich machen, auch die Verschleierung der Probleme bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Ich fordere keine Steuererhöhung, ich gehöre nicht zu denen, die die Interviewinflation dieser Tage noch vermehren. Ich halte nichts davon. Wir sollten das erst miteinander besprechen. Ich frage nur die Bundesregierung, die sagt, das ginge alles ohne Steuererhöhung, wir wollen mal wissen, wer denn Recht hat: Theo Waigel oder Lothar Späth, Helmut Kohl oder Kurt Biedenkopf, Manfred Rommel oder Alfred Dregger. Die drei fordern Erhöhung der Steuern, und sagen, es geht nicht ohne. Der Bundeskanzler sagt, die Teilung könne nur durch Teilen überwunden werden. Ich habe das auch gesagt. Wenn er nicht Steuererhöhungen meint, wüsste ich gerne, was er meint. Vielleicht meint er permanente Erhöhung der Hypothekenzinsen für Häusiebauer. vielleicht ist das gemeint. Vielleicht meint er Belastung der mittelständischen Industrie und der kleinen Selbständigen, die schon in der Nähe der Selbstausbeutung sind, durch eine Geld- und Zinspolitik, die ihnen die Luft zum Atmen nimmt. Man muß sagen, was man will. Man muß tun, was man sagt und sagen, was man tut.

(,

Wir sind auf einem mühsamen Weg, wir wollen auf diesem Weg als Sozialdemokraten nicht die Streithähne sein, aber das soziale Gewissen. Wir wollen mithelfen, daß nicht der Spruch "Wer da hat, dem wird gegeben" das Motto der inneren Gestalt und der inneren Struktur des neuen Deutschland wird. Wir wollen den Anspruch auf Regierungsverantwortung, den wir 1987 verfehlt haben, 1990 so deutlich sagen, daß die Veränderung der Verhältnisse in der Bundesrepublik klar ist. Als wir 1987 gemeinsam in den Wahlkampf zogen, gab es vier sozialdemokratisch geführte Länder von elf. Heute gibt es sieben. Wir haben schon ein Stück des Weges geleistet, jetzt gilt es das

andere Stück noch zu leisten am 14. Oktober in der DDR, damit die Ausgangsbasis gut ist.

Wir sind, so glaube ich, in guter Verfassung, aber wir haben uns jetzt nicht zurückzulehnen, sondern wir haben die Kräfte zu bündeln, vor Ort, das Gespräch zu suchen mit Verwandten und Freunden, wir haben unser Programm nach draussen zu bringen und wir haben zu versuchen, zustandezubringen die Identität von Programm und Person in jedem einzelnen Wahlkreis. Damit Politik zum Anfassen wird, bei der Glaubwürdigkeit, bei der die Argumente stimmen und bei der endlich die Mehrheit die Mehrheit wählt, die kleinen Leute. Das ist unser Ziel. Lasst uns diesen Tag begreifen als eine Chance uns unserem Ziel ein Stück zu nähern. Dann war es ein guter Tag. Glückauf.

4. Beschlussfassung übera) die Tagesordnungb) die Geschäftsordnung

a) Tagesordnung

Die mit der Einberufung zur Landesdelegiertenkonferenz vorgeschlagene vorläufige Tagesordnung wurde um einen Tagesordnungspunkt 7 - Antragsberatung (Abstimmungsergebnis 138 Ja-, 120 Nein-Stimmen) ergänzt und in umgestellter Reihenfolge in der nachstehenden Fassung beschlossen:

- Eröffnung;
- 2. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz
 - a) Wahl des Versammlungsleiters/der Versammlungsleiterin
 - b) Wahl des Schriftführers/der Schriftführerin
 - c) Wahl des Vertrauensmannes/der Vertrauensfrau
 - d) Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes/der Vertrauensfrau
 - e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmern/-teilnehmerinnen zur Versicherung an Eides Statt
 - f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - g) Wahi der Wahlkommission;
- 3. Grundsatzrede Ministerpräsident Johannes R a u Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen;
- 4. Beschlussfassung über
 - a) die Tagesordnung
 - b) die Geschäftsordnung:
- 5. Grussworte;
- 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
- 7. Antragsberatung;
- 8. "Fortschritt 90 Offensive für ein modernes Deutschland" Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Z ö p e l
- 9. Beschlussfassung über die Landesliste
 - a) Platz 1 der Landesliste
 - b) Platz 2 bis Schluss der Landesliste;
- 10. Rede des Ehrenvorsitzenden der SPD, Willy Brandt ;
- 11. Schlusswort.

4. Beschlussfassung übera) die Tagesordnungb) die Geschäftsordnung

b) Geschäftsordnung

Die mit der Einberufung zur Landesdelegiertenkonferenz vorgeschlagene vorläufige Geschäftsordnung wurde ohne Veränderungen angenommen.

- 1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten.
- 2. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.

É

- 3. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
- 4. Die Wahl der Kandidaten/Kandidatinnen der Landesliste ist geheim. Es werden gewählt:
 - im 1. Wahlgang der Spitzenkandidat,
 - im 2. Wahlgang die Gruppe von Platz 2 bis Ende der Landesliste.

Bei mehreren Kandidaturen für gleiche Plätze der Landesliste wird darüber vorab gesondert geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

- 5. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt fünf Minuten.
- Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
- 7. Berichterstatter/innen können ausserhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
- Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten ausserhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt maximal fünf Minuten.
- Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
- 10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.

Antje Huber stellte nach Annahme der Geschäftsordnung fest, dass die Delegierten in geheimer Abstimmung durch Wahlberechtigte zum Bundestag und nicht früher als 23 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Bundestages (19. Januar) gewählt wurden. Sie stellte zudem fest, dass gegen die Stimmberechtigung der Delegierten keine Zweifel erhoben wurden.

5. Grussworte

Der Vorsitzende des gastgebenden SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe Axel Horstmann und der Vorsitzende des gastgebenden SPD-Unterbezirks Bielefeld Heinz Hunger richteten Grussworte an die Versammlung.

6. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Rainer Verhoeven erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission und bestätigte die Anwesenheit der Delegierten wie folgt:

von 143 auf den Bezirk Westliches Westfalen entfallenden Delegierten sind	143
von 30 auf den Bezirk Ostwestfalen-Lippe entfallenden Delegierten sind	26
von 72 auf den Bezirk Niederrhein entfallenden Delegierten sind	64
von 55 auf den Bezirk Mittelrhein entfallenden Delegierten sind	55,
mithin von insgesamt 300 eingeladenen Delegierten anwesend.	288 stimmberechtigte Delegierte

Antragsberatung

Ralf Krämer begründete den nachstehenden Antrag, der im Wortlaut von der Versammlungsleiterin verlesen wurde:

"Die Landesdelegiertenkonferenz unterstützt das Anliegen, jüngere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf aussichtsreichen Plätzen der NRW-Landeslisten für die Bundestagswahl 1990 zu berücksichtigen. Im Falle der vom Listenvorschlag des Landesvorstandes abweichenden Wahl einer Bewerberin oder eines Bewerbers im Juso-Alter auf einem aussichtsreichen Platz rücken die folgenden Vorschläge in der alten Reihenfolge entsprechend nach hinten."

In der Diskussion sprachen Hermann Heinemann, Wolfgang Dietze, Rainer Eskuch, Axel Horstmann, Andreas Hoppe und Ilse Ridder-Melchers. Ralf Krämer nahm zu den Diskussionsbeiträgen Stellung.

In der anschliessenden Abstimmung stimmten 22 Delegierte für den Antrag, die Mehrheit stimmte dagegen.

8. "Fortschritt 90 - Offensive für ein modernes Deutschland" Rede des stellvertretenden Landesvor sitzenden Christoph Zöpel

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

am vergangenen Freitag hat der Parteivorstand unser Regierungsprogramm verabschiedet. Oskar Lafontaine hat es vorgestellt und es ist jetzt in der öffentlichen Diskussion. Die Reaktionen sind unterschiedlich. Uns gefallen natürlich Reaktionen, die wohl auch richtig sind, die diesem Programm sagen, es sei mutig, es zeige vor allem beim ökologischen Umbau unserer Gesellschaft einen durchaus auch risikobewußten Gestaltungswillen, ein Risikobewußten, das sich ja auch in einigen unserer Diskussionen zur Mineralölsteuer widerspiegelt. Eine Reaktion, die empfinde ich als grotesk. Das ist die Reaktion des FDP-Vorsitzenden Graf Lambsdorff. Der fühlte sich durch dieses Programm an Klassenkampf erinnert. Er wiederholte seine Behauptung, jede Mark in der privaten Verfügung der Bürger sei besser als jede Mark in der Verfügung des Staates. Bei solchen grotesken Anmerkungen fällt einem dann wirklich nur noch Polemik ein, und ich glaube, wir sollten Graf Lambsdorff entgegenhalten, ob er damit meint, daß Groschenhefte mit kriegsbefürwortendem Inhalt oder Drogen wichtiger seien als Kindergärten und Universitäten.

Die Reaktionen, mit denen es sich auseinanderzusetzen am meisten lohnt, sind Kommentare, ob denn dieses Programm in die derzeitige politische Situation in Deutschland passe, ob nicht Aussagen dieses Programms nicht mehr aktuell seien und daher im Vereinigungsprozeß gar nicht die Rolle spielen könnten, die die SPD wünscht.

Hierauf möchte ich besonders eingehen. Solange ich mich erinnern kann an die Erarbeitung von Regierungsprogrammen unserer Parteien, ist noch niemals ein Regierungsprogramm in einem so intensiven Erarbeitungsprozeß diskutiert und erörtert worden wie dieses. Das Regierungsprogramm hat einen monatelangen Vorlauf in der Arbeit der Kommission Fortschritt 190, die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, aus den in den letzten Jahren erkannten tiefgreifenden Veränderungen in hochentwickelten westlichen Gesellschaften die notwendigen Konsequenzen, handlungsorientiert, zu ziehen. Das, was von Oskar Lafontaine und anderen mit Überlegungen zu anderem Fortschritt, zu einem neuen Verständnis von Fortschritt artikuliert und diskutiert worden war, das haben wir in einer – ich möchte es noch einmal sagen – monatelangen diskutiven Anstrengung versucht umzusetzen in mögliche Handlungen. Es macht Sinn, sich noch einmal zu vergewissern, was diese Veränderungen sind.

Wir leben in einer sehr, sehr reich gewordenen Gesellschaft, die diesen Reichtum vor allem verdankt den in diesem Tempo nicht vorhergesehenen Möglichkeiten, technischen Fortschritt in wirtschaftliches Wachstum umzusetzen. Wir sehen auf der anderen Seite, daß technischer Fortschritt zu ökologischen Gefährdungen und damit zu veränderten Bewußtseinslagen, dem Eindringen von Ängsten in die Gefühle der Menschen geführt hat.

Wir leben in einer Welt, in der vor allem unsere Kinder nationale Grenzen nicht mehr kennen, weil es problemlos ist, aus Düsseldorf nach Paris oder von Dortmund nach Rom zu fahren. Wir erleben auf der anderen Seite das Wiedererwachen nationaler Gefühle und Bestrebungen und europäische Wanderungsbewegungen, die zu Ausbrüchen von Fremdenfeindlichkeit führen.

Wir leben in einer Welt mit immer mehr Möglichkeiten der Entfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen. Wir erfahren auf der anderen Seite, daß diese Rechte sehr vielen Frauen vorenthalten bleiben.

Das ist die Welt, auf deren vielfach neuen Probleme wir Antworten zu finden suchen. Diese Antworten lassen sich, so meine ich, in drei große Bereiche zusammenfassen.

Das, was im bisherigen Fortschrittsverständnis bewältigt ist, ist die Nutzung des technischen Fortschritts für die Steigerung des ökonomischen Wohlstandes, das, was nicht bewältigt ist, trotz aller Versuche und Anstrengungen zu immer größeren Gefährdungen führt, ist die ökologische Kehrseite dieses technischen Fortschritts. Deshalb ist es Thema Nummer Eins unseres programmatischen Fortschrittsverständnisses, notwendig auch die ökologische Seite des technischen Fortschrittes zu beherrschen.

Der zweite große Bereich ist das Zurückbleiben der Lebenschancen der Frau en in unserer sich beschleunigt modernisierenden Gesellschaft. Weiterhin sind traditionelle aus dem 19. Jahrhundert stammende Vorstellungen virulent hinsichtlich der Rolle der Frauen, die überwunden werden müssen.

Im Grunde – so läßt es sich wohl formulieren – ist der Bericht Fortschritt 190 der Versuch, die in Teilbereichen unserer Gesellschaft feststellbaren Modernitätsrückstände, Modernitätsrückstand Ökologie, Modernitätsrückstand Gleichberechtigung der Frauen, aufzuarbeiten und handlungsorientiert zu überwinden. Zu diesem Fortschrittsverständnis, zu diesem politischen Anspruch, Modernitätsrückstände in Teilbereichen gesellschaftlichen Denkens und Handelns aufzuarbeiten, gehört als Drittes auch, daß sich das Verständnis von Grenzen geändert hat. Das Denken in nationalstaatlichen Grenzen gehört zu einem Politikverständnis, das wie traditionelle Vorstellungen über die Rolle der Frau mit dem 19. Jahrhundert verhaftet ist.

Grenzen werden, so meine ich, heute im gesellschaftlichen Diskurs anders verstanden. Die Frage nach Grenzen stellt sich bei der Frage, welche Technologien lassen sich sozialverträglich noch umsetzen, sie stellt sich besonders bei den Grenzen der Belastung der Umwelt. Dieses Grenzverständnigehört zu einer Politik, die Modernisierungsrückstände aufarbeiten will. Weniger Sinn machen Grenzen, die Menschen trennen, vor allem auch deshalb, weil insbesondere die großen ökologischen Probleme nicht in den Grenzen der Nationalstaaten gelöst werden können.

Manche verstehen diese politische Auseinandersetzung mit dem Problem der Grenzen bewußt falsch und so formuliere ich es in aller Eindeutigkeit: Wer Grenzen zwischen Nationalstaaten für verzichtbar erachtet, der muß die Grenze zwischen der DDR und der BRD, so wie sie 40 Jahre lang bestand, als eine Grenze von besonderer Absurdität auffassen, eine Grenze von besonderer Absurdität, die wohl noch etwas unsinniger war als andere Grenzen. Nur, das Beseitigen dieser absurden Grenze darf nicht neue Grenzen in Europa entstehen lassen, darf nicht zu Behinderungen führen, globale Probleme, europäische Probleme gemeinsam zu lösen. Nun könnte man ja sagen, an dieser Sicht sei einiges nur Rhetorik. Ich glaube, nein. Die Debatte, daß für die Bewohner der Länder Sachsen und Brandenburg die Grenzübergangsbestimmungen nach Polen verschärft werden sollen, zeigt das Gegenteil. Die Visapflicht für Bürger, die in der heutigen DDR leben, wenn sie nach Polen wollen, mag ja ökonomische Gründe haben, aber schneller als man glaubt, ver-

schärft sich eine Befürchtung, die mich bewegt, daß andere Grenzen wieder dichter werden können, als sie waren, während in Deutschland eine Grenze fällt. Diese Befürchtung ist schon politischer Alltag geworden wenige Monate nur nach dem Fall der Mauer.

Modernitätsrückstände aufzuholen, im Bereich der Ökologie, im Bereich der Gleichstellung der Frau, sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge, von denen wir, die Kommission Fortschritt '90, ausgegangen sind. Unsere prinzipiellen Vorgaben waren festgelegt im Berliner Programm, das wir seit Ende des vergangenen Jahres als Nachfolge des Godesberger Programms haben. Und nun ging es dar-

um, für wichtige Handlungsbereiche mit der Zielrichtung programmatisch zu arbeiten, was davon in vier Jahren potentieller sozialdemokratischer Regierungsverantwortung - vier Jahre sind eine kurze Zeit - umgesetzt werden könnte.

Unser erster programmatischer Anspruch, den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zu beginnen, enthält drei Maßnahmenpakete, die im Programm jetzt als Säulen bezeichnet sind; man kann über Begriffe streiten, aber sagen wir Säulen. Die erste Säule ist die ökologische Energiebesteuerung. Sie entspricht der richtigen Einsicht, die vielleicht ein Physiker besser formulieren kann als Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, daß es Sinn macht, die Energieproduktivität und damit das Sparen von Energie dadurch zu verbessern, daß man Energie teurer macht, und die Produktivität ja weiterhin im Überfluß vorhandener Arbeit nicht schneller ansteigen zu lassen als es mit hoher Beschäftigung vereinbar ist und deshalb Arbeit zu verbilligen. Was das vor allem beim Mineralöl für eine Bedeutung hat, lehrt uns, so glaube ich, die Entwicklung der letzten Wochen am Persischen Golf. Die globalen ökologischen Probleme und die globalen ökonomischen Probleme hängen doch viel gefährlicher miteinander zusammen als wir es in den letzten zehn Jahren verdrängt haben. Norbert Gansel hat zu der Auseinandersetzung im Golf gesagt, hier könnte der erste globale Ressourcenkrieg der Wirtschaftsgeschichte eintreten. Ich glaube, mit diesem Begriff "Ressourcenkrieg" hat Norbert Gansel das, was am Golf geschieht, wohl auf den ökonomisch-ökologisch richtigen Nenner gebracht. Gerade deshalb sollten wir daran festhalten, alles zu tun, sowenig Mineralöl wie möglich zu verbrauchen, entweder weniger mit dem Auto zu fahren oder, wenn es nicht anders geht, auch mit kleineren. Zu einer solchen Politik gehören auch Stadthallen, die man gut von der Bahn aus erreichen kann. Im Zug saßen ja heute auch viele Delegierte, wie man feststellen konnte.

Die zweite Säule sind die Umweltabgaben, die dritte Säule ist das Umweltordnungsrecht. Ich will nicht verhehlen, daß das Umweltordnungsrecht, die Besinnung des Staates auf seine Funktion, durch staatliche Rechtssetzung das zu untersagen, was nicht sein darf, bei einem zeitgerechten Staatsverständnis vielleicht das wichtigste ist. Es gibt ökologische Probleme, bei denen es weniger Sinn hat, einen Anreiz zu geben, irgendetwas nicht zu verbrauchen, weil es ökologisch schädlich ist, als es gleich zu verbieten. Die Entscheidung FCKW zu vermeiden, das Kleingedruckte auf den Flaschen zu erkennen, 25 Mio., 30 Mio. Einkaufenden, überwiegend Frauen, manchmal auch Männern zuzumuten, statt nun wirklich zu sagen, das darf nicht produziert werden, hat dann nichts mit Marktwirtschaft zu tun, sondern ist mutloses, falsch verstandenes Staatshandeln.

Unser zweiter Anspruch ist die Gleichstellung der Frau. Änderungen beim Kindergeld finanziert durch Änderungen beim Ehegattensplitting, Bemühungen um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, festzumachen an dem Anspruch auf Kinderbetreuung, am Sonderurlaub für erwerbstätige Mütter und Väter, am Erziehungsurlaub, am Anspruch auf den Kinderkrippenplatz sind die vorgeschlagenen Maßnahmen. An dieser Stelle bitte ich wirklich um Verständnis und Zustimmung – alle die in einem Parlament sitzen, mögen sich mal fragen, was nach ihrer Erfahrung in vier Jahren bislang bewegt werden konnte – : das ist das konkrete Zielbündel, das in vier Jahren hier zu erreichen ist.

Daß es uns im Prozeß der Vereinigung mit der DDR jetzt gelungen ist, auf dem Gebiet des § 218 durch die erfolgreichen Anstrengungen, besonders von Oskar Lafontaine und Herta Däubler-Gmelin, zu rechtlichen Regelungen zu kommen, die damit verbundenen Probleme nicht mehr im Rahmen des Strafrechts zu lösen, halte ich für einen Beitrag, den die DDR zum Fortschritt der Aufklärung im vereinigten Deutschland geleistet hat.

Diese auf in den letzten zehn Jahren offensichtlich gewordene gesellschaftliche Veränderungen reagierenden politischen Handlungsbereiche sollen nicht in einem Gegensatz zu den sozialpolitischen Anstrengungen der Sozialdemokratie stehen, die unserer Tradition entsprechen, die der Grund sind, weshalb kontinuierlich Millionen Menschen uns wählen. Neue sozialpolitische Anstrengungen müssen natürlich auch eingeordnet werden in die konkrete verteilungspolitische Situation des Jahres 1990. Vor vier Tagen veröffentlichte die Süddeutsche Zeitung eine Zahlengegenüberstellung, die für mich deutlicher als manches andere belegt, was in zehn Jahren in der Bundesrepublik an dramatischer Verschiebung der Lebenschancen in einer immer reicher werdenden Gesellschaft passiert ist. Im Jahr 1979 war das durchschnittlich verfügbare Einkommen jedes Haushalts - ein Haushalt können mehrere Einkommensempfänger sein - 36.000 DM. Es ist heute bei 51.000 DM. Dramatischer noch, '79 war das durchschnittliche Nettogeldvermögen pro Haushalt 51.000 DM, es ist heute 95.000 DM und das in zehn Jahren. In der gleichen Zeit ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 908.000 auf 1.619.000 Menschen gestiegen. Ich hatte vorhin das Wort Klassenkampf aus dem Wortschatz von Graf Lambsdorff erwähnt und das für grotesk erklärt. Sollte man den Gebrauch des Begriffes Klassenkampf nicht für ein verbales Problem halten, sondern hingenommene oder sogar geförderte Veränderungen der Lebenschancen eines Teils der Gesellschaft als Klassenkampf diagnostizieren, so könnte vielleicht diese Diskrepanz in der Veränderung der Vermögenssituation der Haushalte einerseits und der zunehmenden Anzahl von Sozialhilfeempfängern andererseits Klassenkampf sein. ₽

Unsere Antworten in einer reichen Gesellschaft, in der die Unterschiede zwischen den Vermögenden und denjenigen, die keine guten Lebenschancen haben, größer werden, müssen zunächst weitere Maßnahmen zur besseren Absicherung von Menschen sein, die vom Abgleiten in diese Situation der Chanceniosigkeit betroffen sind. Das sind die Einführung der Grundsicherung bei Alter und Invalidität und die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung.

Es muß dann die vorausschauende Abhilfe sein: Hier liegen die entscheidenden Maßnahmen, die ursachengerecht ansetzen können. Mit der Grund für die rapide Zunahme der Sozialhilfeempfänger ist ja das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit, der Chancenlosigkeit schlechter qualifizierter Jüngerer, in das Arbeitsleben hineinzukommen. Vorausschauende Abhilfe muß also eine intensive Politik sein der beruflichen Qualifizierung für Langzeitarbeitslose, für arbeitslose Jugendliche, und der lebenslangen Weiterbildung für all diejenigen, die in Gefahr geraten, zu den Sozialhilfeempfängern gehören zu können.

Auch das Problem der Wohnungsnot ist eines, das zu tun hat mit diesen dramatischen Reichtumsveränderungen in unserer Gesellschaft, denn die Wohnungsnot ist darauf zurückzuführen, daß die Reichen sich immer mehr einkaufen können in Wohnungsbestände, daß sie ihren Wunsch, eine größere Wohnung
zu haben, befriedigen durch Zugriff, eben kaufkräftigen Zugriff, legal,
auf bestehende Wohnungen, aus denen die Ärmeren hinausgedrängt werden,
weil sie die steigende Miete nicht bezahlen können.

Dies sind die Handlungsschwerpunkte, die wir herausgearbeitet haben, die Schwerpunkte für vier Jahre. Die Herausarbeitung dieser Schwerpunkte war bei der Arbeit der Kommission Fortschritt '90 verbunden mit einem ständigen Ringen um finanzpolitische Solidität. Es ist manchmal noch schwierig zu vermitteln, wenn man es unter Sozialdemokraten diskutiert, daß das intensive Ringen um finanzpolitische Solidität, richtige Politik, verantwortliche Politik in einem ganz notwendigen Sinne ist. Es gehört zu meinen persönlich schmerzhaftesten Erfahrungen, erlebt zu haben, wie schnell die richtige Formulierung richtiger politischer Ziele in die Nähe der Unglaubwürdigkeit führen kann, wenn nachher nicht die finanziellen Möglichkeiten vorhanden sind, um diese formulierten Ziele in Regierungshandeln umzusetzen. Und von daher ist für mich die Frage, formuliert eine Partei in ihrem Regierungsprogramm nur Vorhaben, von denen sie sich vergewissert hat, in Abwägung zwischen unterschiedlichen Zielen, ob sie auch finanzierbar sind oder nicht, durchaus eine politisch-moralische Frage. Seit Max Weber kennen wir die Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Natürlich ist es gute sozialdemokratische Gesinnung zu sagen, laßt uns doch auch noch das oder dieses Vorhaben ins Programm schreiben, es gibt Menschen, die wollen das. Da hat man die richtige Gesinnung und richtige Gesinnung ist in Ordnung. Aber verantwortlich, und ich meine für einen Politiker, der den Staat gestalten will, kann nur Verantwortungsethik im Zweifelsfall in Frage kommen, muß dazugehören, daß man sicher ist, ob ein solches Versprechen auch bezahlbar ist.

Wir haben in der Kommission Fortschritt '90 gerungen um finanzpolitische Solidität in einer historischen Situation, wo gerade aus sozialdemokratischer Sicht auch der Einsichtsprozeß vollzogen sein muß, daß der Ausweg in die Steigerung der Staatsverschuldung keiner mehr ist. Das war in den 70er Jahren anders. Wer die Zinsquoten der Haushalte Mitte der 70er Jahre mit denen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre vergleicht, wird hier einen prinzipiellen historischen Unterschied feststellen, und der besteht darin, daß in unseren Haushalten insgesamt, im Bundeshaushalt mehr als in den meisten Landeshaushalten, auf jeden Fall mehr als im Landeshaushalt von NRW, die Zinsquote so hoch ist, daß die Handlungsfähigkeit des Staates gegenüber den Möglichkeiten der 70er Jahre bereits eindeutig eingeschränkt ist. Denn was man anteilmäßig für Zinsen ausgibt, kann man anteilmäßig nicht gleichzeitig für etwas anders ausgeben. Nun kann man viel darüber diskutieren, was denn die politische und gesellschaftliche Interessenslage bei der Staatsverschuldung ist. Sehr lange gab es die Diskussion, Sozialdemokraten, gehen leichtfertig mit dem Geld um, lassen Staatsverschuldung entstehen. Konservative aber streiten dagegen. Ich bin inzwischen zutiefst davon überzeugt, daß es bei den Auseinandersetzungen zwischen konservativen Wirtschaftsinteressen und dem Anspruch auf einen handlungsfähigen demokratischen Staat eine ganz neue Gefechtslage gibt. Es gibt nämlich kein effektiveres Mittel, den Staat handlungsunfähig zu machen, und ihn deshalb rauszuhalten aus Tätigkeiten, die von konservativen Wirtschaftsinteressen nicht gewollt werden, als ihm permanent vorwerfen zu können, er sei wegen seiner hohen Zinslast letztlich bereits handlungsunfähig geworden. Das ist die Interessenslage, auf die wir uns einstellen müssen. Wer die Entwicklung in

den Vereinigten Staaten sieht, das leichtfertige Bekenntnis von Präsident Bush, man möge auf seine Lippen gucken, daß er die Steuern nicht erhöhen wird – nun braucht er die Debatte nicht zu führen, weil die Vereinigten Staaten mit der Golfkrise beschäftigt sind –, wird mir recht gegeben.

Sozialdemokraten, die einen handlungsfähigen Staat wollen, und da appelliere ich an Euch, sollten nicht in diese Falle laufen, daß wir am Ende einer Periode, wo wir wieder regieren können, dann dastehen und man sagt uns, laßt es, egal ob ein Anliegen berechtigt ist oder nicht, ihr seid so verschuldet, daß ihr gar nicht handeln dürft.

Damit bin ich bei dem ersten Thema, das zu tun hat mit dem Veränderungsprozeß, der sich in Deutschland vollzogen hat, bei dem Thema, wie ist der Einigungsprozeß zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu finanzieren. Wir erleben hier, - und das ist vielleicht noch nicht einmal so richtig vorwerfbar, es sei denn als Antwort darauf, wie unverantwortlich mit dem Problem umgegangen wird - daß es keine Übersicht gibt über alle Notwendigkeiten, die finanziell aus der heutigen DDR auf uns zukommen. Wir erleben unabläßlich neue Zusagen oder Zusagenotwendigkeiten, vor allem, weil die Ansprüche an Sozialleistungen, wenn die Menschen in der DDR nicht verelenden sollen, höher als geschätzt sind. Und wir erleben beim Finanzminister, beim Kanzler die Aufrichtung des Tabus, über Steuererhöhungen zu diskutieren. Es erinnert fatal an die Lippen von Bush, was man von den Lippen von Kohl und Waigl ablesen kann. Deshalb meine ich, entspricht es dem Ringen um finanzpolitische Solidität der Kommission Fortschritt '90, heute zu sagen, wenn der Verzicht auf die Senkung der Unternehmensbesteuerung, wenn der endlich realisierbare Verzicht auf hohe Verteidigungsausgaben nicht reicht, um den Menschen in der DDR gleiche Lebenschancen zu geben, dann kann auch die Frage gerechter Steuererhöhungen kein Tabu sein. Das gehört zu dem Anspruch auf Solidität und zu dem Vermeiden des Hineinlaufens in die Falle der Konservativen, einen im Inneren handlungsunfähigen neuen deutschen Staat zu haben.

Damit bin ich, wie eben gesagt, bei den Veränderungen in Deutschland, aber ich muß noch einen Augenblick innehalten, weil ich zurückkommen will auf die Frage, die ich angesprochen habe zu Beginn aufgrund von Kommentaren ob denn die Übernahme der Grundthesen von Fortschritt '90 in das Regie- ungsprogramm zeitgemäß sei.

Hier bitte ich Euch: Überlegt mit! Ich glaube, für diejenigen Menschen in der Bundesrepublik - es sind vielfach jüngere, aber genauso ältere, die aus ihren reflektierten Erfahrungen die Konsequenzen ziehen -, die mit uns zusammen merken, ökologisch kann es nicht so weitergehen, mit der Benachteiligung der Frauen in der Bundesrepublik kann es nicht so weitergehen, wie es in den 80er Jahren der Fall war, gibt es doch keinen einzigen Grund, diese Forderungen, diese Wünsche für die Bundesrepublik nicht mehr zu haben, weil es zu dem Vereini-

gungsprozeß gekommen ist. Deshalb gibt es keine Alternative dazu, an diesen, zunächst für die Bundesrepublik erarbeiteten Programmaussagen festzuhalten. Das Schlimmste wäre daher, vielleicht möchten das einige, in einer großen Zei-

tung war es so zu lesen, die ökologische Problematik herunterzuspielen, weil die nationale angeblich so wichtig geworden ist.

Damit bin ich bei dem, was wir an neuen erschreckenden Erfahrungen aus der DDR aufnehmen mußten und immer noch müssen. Ich will diese Erfahrungen auf einige Begriffe bringen, in einer Reihenfolge, die ich für eine Wertreihenfolge halte.

Das Erschreckendste, was wir in diesen Wochen erfahren und hören, ist das immense Maß inneren Terrors, das es in der DDR gegeben hat und in anderen osteuropäischen Staaten, die Staatssicherheit oder für Rumänien die Securitate stehen dafür als grauenvolle Institutionen.

Dann ist es das Erschrecken über das hohe Maß ökologischen Versagens in den kommunistischen Systemen. Wenn ich dieses Erschrecken artikuliere über ökologisches Versagen eines totalitären Regimes, dann kann man eine bescheidene Konsequenz auch für unsere Innenpolitik daraus ziehen: Ökologische Probleme werden sichtlich nur lösbar, wenn sie transparent sind, und das Beispiel DDR sollte auch uns sagen: lieber ein ökologisches Problem länger diskutieren, auch wenn es in einer bestimmten Situation mal in einer Kommune politischen Ärger macht, als es in irgendeiner Weise verheimlichen. Das sollte eine Lehre aus der DDR für die Bundesrepublik und für den neuen bundesdeutschen Staat sein.

Das dritte dann ist das Erlebnis des großen Nachholbedarfs an alltäglicher Freiheit.

Die Menschen, die bisher in der DDR gelebt haben, haben dann, das ist das vierte, und auch das ist zu akzeptieren, einen großen Nachholbedarf an Wohlstand. Auch das möchte ich ausdrücklich als aufrüttelnde Erfahrung formulieren, weil es natürlich nicht so sehr anständig ist, wenn Sozialdemokraten, solche soll es ja geben, die in etwas gehobeneren Einkommensverhältnissen leben, sich nun darüber mokieren, was von DDR-Bürgern alles gekauft wird. Ich halte das für unanständig.

Diese Erlebnisse haben wir. Es kommt eine allgemeine Erkenntnis hinzu, die unsere Politik vor Schwierigkeiten stellt. Wir Sozialdemokraten müssen fertig werden mit Aufholnotwendigkeiten der bisherigen DDR im Modernisierungsprozeß zu einer hochentwickelten Gesellschaft. Ich möchte es noch einmal formulieren. Wir müssen in der Politik der Sozialdemokratie im vereinigten Deutschland fertig werden mit den großen Aufholnotwendigkeiten, die die Menschen der DDR haben im Modernisierungsprozeß zu einer hochentwickelten Gesellschaft. Es wird Schwierigkeiten machen, darauf müssen wir uns einstellen, aber wir können deshalb nicht verzichten, den Modernisierungsprozeß in der Bundesrepublik und damit zukünftig in einer größeren Bundesrepublik fortzusetzen. Die gleichwertigen Lebensverhältnisse, die wir für die DDR wollen, sind deshalb auch mehr als nur ökonomisch gleichwertige Lebensverhältnisse. Ich meine, im Denken und in unseren Diskussionen über das, was in der DDR geschieht, gehören unter dem richtigen Anspruch der Sozialdemokraten, gleichwertige Lebensverhältnisse für die Menschen in Sachsen und Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verwirklichen zu wollen wie für die Menschen in Nord-

Nordrhein-Westfalen, gleiche Lebensrechte, gleiche Lebenschancen, gleiche Le-

bensverhältnisse bei den Freiheitsrechten, beim Wohlstand, bei der Abwehr ökologischer Gefährdungen und bei den Bewußtseinslagen der Menschen zusammen. Das alles gehört zusammen und muß für uns politikrelevant sein.

Wenn wir das so politisch argumentieren, ist eigentlich der Unterschied unserer sozialdemokratischen Politik gegenüber konservativer Politik deutlich. Die konservative Politik in Deutschland knüpft, ich möchte fast sa-

gen bruchlos, an nationalbürgerliche Politikvorstellungen des 19. Jahrhunderts an, an nationalbürgerliche Politikvorstellungen, die Wirtschaftsliberalismus propagieren und die mit Wirtschaftsliberalismus immer verbundenen sozialen und heute auch ökologischen Verwerfungen dann kaschieren mit nationalem Pathos. Das ist genau die Gefechtslage, mit der wir es zu tun haben: das Hereinholen des 19. Jahrhunderts nach Deutschland, Wirtschaftsliberalismus und endlich wieder eine Ideologie oder, man darf es doch noch einmal sagen. Opium fürs Volk, nämlich nationales Pathos, um die sozialen und ökologischen Konflikte, die mit Wirtschaftsliberalismus zu tun haben, zuzudecken. Das ist das, wogegen wir mit unserem Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse für den Menschen in seiner Gänze auch in der bisherigen DDR anstreiten. Konkretisieren wird sich dieses in der Diskussion einzeiner sozialpolitischer, umweltpolitischer und wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Für die DDR wird dabei, so meine ich, in diesen Monaten leichter als in der Vergangenheit die ordnungspolitische Debatte zu führen sein. Mit dem einseitigen liberalistischen Marktwirtschaftsmodell, das die CDU in die DDR trägt, können wir konkurrieren, indem wir mit zig Beispielen deutlich machen, daß hochentwickelte Gesellschaften nur funktionieren, wenn es ein komplexes Ineinanderwirken von Marktmechanismus und handlungsfähigem demokratischen Staat gibt. Nur dieses Ineinanderwirken, Marktmech nismus und handlungsfähiger demokratischer Staat, gewährleistet überhaupt hochentwikkelte moderne Gesellschaften. Der Markt allein ist auch in Kolumbien realisiert. Statt Staat haben sie dort die Drogenmafia, um ein besonders extremes Beipiel zu bringen.

Daß dieses Zusammenwirken notwendig ist, können wir an vielen einzelnen Gestaltungsbereichen der Politik deutlich machen. Marktwirtschaft funktioniert eben nur, wenn Infrastruktur vorhanden ist. Inzwischen hört man ja mehr und mehr von Unternehmen, Johannes Rau hat es gesagt, die erst in die DDR kommen wollen, wenn bestimmte Infrastrukturvoraussetzungen erfüllt sind, die die Unternehmer offensichtlich nicht marktwirtschaftlich schaffen wollen.

Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn die Menschen qualifiziert sind für die Anforderungen der Produktionen und der Dienstleistungen, bei denen sie arbeiten sollen.

Marktwirtschaft funktioniert nur, wenn die ökologischen Gefährdungen durch Umweltschutzpolitik abgewehrt sind.

Zur Marktwirtschaft gehört auch eine funktionsfähige kommunale und staatliche Verwaltung. Dies ist übrigens sinngemäß die Überschrift eines Leitartikels in der Frankfurter Allgemeinen, aber im Wirtschaftsteil, wo da nicht das nationale Pathos ganz im Vordergrund steht.

Diese Konkretisierung unseres Anspruches, daß Markt und handlungsfähiger demokratischer Staat zusammengehören, kann das überzeugende Thema der prinzipiellen ordnungspolitischen Auseinandersetzung in der DDR werden. Damit können wir sofort anfangen, denn in den Städten und Dörfern, in Sachsen, in Thürigen, in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt wird nichts passieren, wenn nicht Kommunen sofort die Möglichkeit haben, etwas zu tun zum Aufbau der Infrastruktur und der Verwaltung, und dazu brauchen sie Geld und das sofort, sonst kann dort wirtschaftlich nicht losgehen, was endlich losgehen soll.

Das, was in der DDR geschieht, dieser Prozess für mehr Freiheit, für mehr Wohlstand, für mehr Ökologie, ist aber, und das darf man nicht vergessen,

Teil eines europäischen Prozesses, Teil eines europäischen Prozesses aus Gründen, die wir täglich merken. Die Unlösbarkeit der globalen ökologischen Probleme allein auf nationalstaatlicher Ebene habe ich erwähnt. Wir erleben auch, daß das Wohlstandsgefälle, die Armut in einigen europäischen Ländern und der Reichtum in anderen, nicht als alleiniges Problem der armen Länder in diese verwiesen und verdrängt werden kann. Die Menschen kommen aus den armen Ländern in die reichen, und damit wird das Wohlstandsgefälle, das es europäisch gibt, schneiler als auch wir es wünschen würden und entgegen allen Versprechungen nationalen Pathosi, ganz schnell ein Problem der Innenpolitik aller miteinander vernetzten europäischen Länder.

Für das rechtsstaatliche Handeln nicht vollintegrierter Staaten und damit auch Volkswirtschaften bleiben ausländerrechtliche Regelungen eine Notwendigkeit. Das Grundrecht auf Asyl ist dabei für Sozialdemokraten ein Tabu. Aber selbst wenn es Rechtsregelungen gäbe, die Sozialdemokraten niemals akzeptieren könnten, würden die Wanderungsströme aus Gründen der Armut nicht versiegen, wenn nicht eine gesamteuropäische Politik das-Wohlstandsgefälle ausgleicht.

Dabei ist die erforderliche Diskussion um eine gesamteuropäische Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Debatte einseitigen Gebens-und-Nehmens. Johannes Rau hat vorhin bei seiner Analyse der Bevölkerungsentwicklung darauf hingewiesen, daß inzwischen die Zahl der unter Fünfjährigen wieder zunimmt, unvorhergesehenerweise. Woran das liegt, ist offensichtlich. Wenn drei Jahre hintereinander jährlich 1 Million Menschen, die vorher nicht vorgesehen waren für die Bevölkerung der BRD, zu uns kommen, und darunter sehr viele jüngere, dann verändert sich die Altersstruktur. Und laßt es mich ganz realistisch formulieren: Die Zuwanderung aus anderen Teilen Europas in die Bundesrepublik in den letzten Jahren hat schon jetzt die Chance eröffnet, die tatsächlichen Konsequenzen aus der Veränderung der Altersstruktur, immer mehr ältere Menschen und weniger im arbeitsfähigen Alter, um fünf bis zehn Jahre hinauszuschieben. Die Veränderung dieser Struktur ist schon jetzt so, daß der Anteil der Jüngeren wieder wächst. Vielleicht wird es einmal so sein, daß die heute Fünfzigjährigen, die in den bevorzugten Wohnquartieren wohnen, und die die Unterschriftenaktion der CDU gegen Asylanten unterschreiben, die man teilweise nur als Volks- oder Menschenverhetzung auffassen kann im Zusammenhang mit Menschen, die zu uns kommen, dann gepflegt werden, gestützt auf die von uns eingeführte Pflegeversicherung, von Kindern der Zuwanderer, die dann in dem Alter sind, daß sie in Krankenhäusern pflegen können. Der europäische Wohlstandsausgleich ist schon jetzt nicht mehr ein einseitiges Geben und Nehmen, sondern schon jetzt hat sich die Chance eröffnet, daß die Überalterungsprobleme durch diese Wanderungsbewegung aus den ärmeren Ländern zeitlich hinausgeschoben und vielleicht lösbar werden.

Die europäische Dimension der großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen ist offensichtlich und wir können ihr nicht entrinnen. Das Regierungsprogramm spricht dies klar aus. Große, selbst große Nationalstaaten sind zu klein, um die globalen Probleme zu lösen und auf der anderen Seite ist der große Nationalstaat ungeeignet, die alltäglichen, die Bürger bedrängenden Probleme auf lokaler und regionaler Ebene aufzunehmen. Deshalb muß mit dem deutschen Einigungsprozeß einhergehen ein wirklicher Gestaltungswillen, ein realisierter Gestaltungswillen der Sozialdemokraten, gleichzeitig den Prozeß zu den Ver-

einigten Staaten Europas, die mehr sind als die EG, zu beschleunigen und dieses Europa, soweit es dann aus ehemaligen großen Nationalstaaten besteht, föderal und regional zu organisieren.

Daß dieses der Interessenlage Nordrhein-Westfalens entspricht, ist deutlich. Ich halte es nicht für falsch, daß die Menschen bei uns fragen, fragen zunächst einmal, und meistens gar nicht so egoistisch fragen, wie das in der Neiddiskussion von Konservativen dargestellt wird, ob wir nun glauben, daß die Probleme des Ballungsgebietes, die Probleme Ostwestfalens, die Probleme des Aachener Reviers allein dadurch nicht mehr vorhanden sind, daß es demnächst fünf weitere Länder in der Bundesrepublik geben wird. Sie fragen das mit Recht und sie fragen, wie ihre Interessen wahrgenommen werden, Ich glaube, sie werden am besten wahrgenommen, wenn die Sozialdemokraten auch im Bundestag, darauf kommt es jetzt an, im Landtag von Nordrhein-Westfalen dürfte das ziemlich eindeutig sein, auch im Bundestag diese Programmaussage ernst nehmen, daß wir effektive, bürgernahe, föderale und regionale Strukturen in der neuen Bundesrepublik haben wollen, wo man sich relativ ortsnah und problembezogen politisch kümmern kann. Es wird eine wichtige Aufgabe sein bei der Erarbeitung einer neuen Verfassung, wozu ja der Weg offen geblieben ist durch unseren Beitrag zum Einigungsvertrag, daß ein zureichender Rahmen geschaffen werden kann für fiskalisch und rechtlich handlungsfähige Länder in der Bundesrepublik. Ich füge hinzu: Wenn aus der Geschichte der DDR einiges sinnvoll bewahrt werden soll, beim § 218 haben wir ja gesehen, daß es in dieser Geschichte auch gesellschaftliche Entscheidungen gibt, die für alle Menschen, die in Deutsch-land zusammenleben werden, weiter Bedeutung haben sollten, dann wird dies am ehesten möglich sein, wenn es handlungsfähige Länder gibt, zu denen auch die fünf Länder gehören, die ich jetzt schon zweimal genannt habe.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, daß es uns in der langen Arbeit der Kommission Fortschritt '90, im Vorlauf dazu mit der Arbeit am Berliner Programm, gelungen ist, Antworten zu finden, auf das, was Menschen von einer anderen Politik in der Bundesrepublik erwarten, daß es uns aber jetzt auch gelungen ist, in einem ganz kurzen Prozeß, der schnell gehen mußte, weil die Ereignisse sich überschlagen, herauszuarbeiten, welches die prinzipiell anderen Positionen sozialdemokratischer Politik gegenüber konservativen Positionen sind, für das, was in den neuen Ländern, die zu uns kommen, geschehen muß. Ich hoffe, wir alle können in den nächsten Monaten gut damit umgehen. Dann werden immer mehr Menschen sagen, dies ist ein Programm, mutig, risikobereit und von ganz starkem Gestaltungswillen, den Oskar Lafontaine verkörpert, geprägt.

Herzlichen Dank.

Beschlussfassung über die Landesliste a) Platz 1 der Landesliste b) Platz 2 bis Schluss der Landesliste

- a) Die Landesdelegiertenkonferenz w\u00e4hlte auf Platz 1 der Landesliste Willy B r a n d t
 Auf ihn entfielen von 279 abgegebenen g\u00fcltigen Stimmen 269 Ja-Stimmen,
 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen.
- b) Entsprechend der in Ziffer 4 der angenommenen Geschäftsordnung vorgesehenen Bestimmungen wurde zunächst über die Kandidaturen für Platz 22 der Landesreserveliste abgestimmt. Die Kandidaten Hans Berger und Karsten Rudolph stellten sich vor.

Die anschliessende Abstimmung über Platz 22 hatte folgendes Ergebnis: Von 285 abgegebenen Stimmen waren 284 gültig, davon entfielen

auf Hans Berger auf Karsten Rudolph

177 Ja-Stimmen 107 Ja-Stimmen.

Im Anschluss wurde in kumulierter Einzelwahl über die Gesamtliste mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

abgegebene gültige Stimmen: 265

4

Platz Nr.	Name		Ja	Nein	Enthal- tung	Ungül- tig
o2	Anke	FUCHS	251	12	2	-
03	Christoph	ZÖPEL	245	16	2	1
o4	Franz	MÜNTEFERING	258	6	1	_
o5	Ingrid	MATTHAUS-MAIER	255	8	2	_
06	Rudolf	DRESSLER	246	15	3	1
ο7	Katrin	FUCHS	257	7	1	_
o8	Uwe	HOLTZ	257	4	4	_
09	Lisa	SEUSTER	258	5	2	_
10	Regina	SCHMIDT-ZADEL	255	6	4	_
11	Wolf Michael	CATENHUSEN	255	7	3	_
12	Hans-Gottfried	BERNRATH	253	9	3	_
13	Helmuth	BECKER	254	9	2	_
14	Horst	EHMKE	255	7	2 3 2	_
15	Volkmar	KRETKOWSKI	254	9	2	_
16	Margot	VON RENESSE	248	14	3	_
17	Rudolf	PURPS	253	7	5	_
18	Anni	BRANDT-ELSWEIER	252	10	3	_
19	Josef	VOSEN	254	9	2	_
2o	Dieter	HEISTERMANN	258	6	1	-
21	Horst	JAUNICH	255	8	Ž	-
22	Hans	BERGER	243	18	4	_
23	Helmut	ESTERS	254	8	3	_
24	Ursula	SCHMIDT	258	6	1	_
25	Heinz-Alfred	STEINER	257	6	ž	
26	Michael	MÜLLER	258	Š	2	_
27	Marianne	KLAPPERT	252	10	3	_

. .		- 28 -				1	
Platz Nr.	Name		Ja 	Nein	Enthal- tung	Ungi tig	
28	Friedhelm-Julius	BEUCHER	25 8	6	1	_	
29	Hildegard	WESTER	255	6	4	_	
3ф	Heike	NIGGEMEYER	256	5	3	1	
31	Kari-Heinz	KLEJDZINSKI	256	4	5	_	
32	Walter	SCHÖLER	257	3	4	1	
33	Hans-Peter	KEMPER	257	3	4	1	
34	Helga	KÜHN-MENGEL	259	4	1	•	
35	Klaus-Theo	ROHE	255	5	4	1	
36	Hans-Werner	BERTL	256	4	4	!	
37	Jürgen	WILHELM	256	6	2	!	
38	Manfred	ZABEL	256	5	3	!	
39	Günter	RIXE	258	3		!	
ło	Ingrid	BECKER-INGLAU	259	3	3 2	1	
11	Monika	SIMSHÄUSER	255	5	<u> </u>		
łŻ	Achim	GROSSMANN	255	6	3	1	
+ 3	Volker	JUNG	2 5 5	6_	3	1	
 4	Karsten	RUDOLPH	255 254	8 -		1	
15	Dirk	PUNG	256	6	2	1	
16	Klaus	LENNARTZ	256 256		1	2	
.7 ⊦7	Ingrid	STANGE	256 254	5	2	2 2 2 2 2 2 2	
8	Lothar	IBRÜGGER		5	4	2**/	
9	Udo	BOTTLÄNDER	257	3	3	2	
0	Wilfried	PENNER	254	5	4	2	
1	Wilhelm	NÖBEL	253	9	1	2	
2	Ursula	SENNEWALD	254	8	1	2	
3	Uwe	JENS	254	6	3	2	
4	Olaf		258	4	1	2	
5	Johannes	DITTMANN	252	7	4	2	
6	Dieter	SINGER	256	5	2	2	
7	Hermann	SCHLOTEN	257	3	3 3	2	
8	Ulrich	HAACK	257	3	3	2	
9	Konrad	BÖHME	257	3	3	2	
0		GILGES	257	5	1	2	
1	Jürgen Karsten	SCHMUDE	259	3	1	2	
2		KOCH	255	4	4	2	
2 3	Otto	RESCHKE	25 6	5	2	2	
3 4	Dieter	WIEFELSPÜTZ	255	6	2 2 3	2 2	
• 5	Günter	OESINGHAUS	25 <i>7</i>	3	3	2	
	Rolf	KOLTZSCH	255	4	4	24	
	Helmut	WIECZOREK	253	9	1	2	
	Walter	REMPE	255	5	3	2	
	Dieter	SCHANZ	253	8	2 3	2	
	Ursula	VOLLERT	257	3		2	
	Günter	SCHLUCKEBIER	254	6	3	2	
	Doris	KRÄFT	256	3	4	2	
	Peter	REUSCHENBACH	252	9	2	2	
	Klaus	BOBISCH	257	3	2	2 2 2 2 2 2 2 2 2 3 3 3 3 3 3 3	
	Erika	ROHRBECK	258	3	1	3	
	Hartmut	STICKAN	257	3	2	3	
	Karl-Heinz	HEUSER	257	3	2	3	
	Inge	HAGEMANN	257	3	2	3	
}	Rolf	KURTH	2 5 7	3	2	3	
)	Heima	MEIER	257	3	2	વ વ	
					_		
)	Dieter Peter	HARTMANN	257	3	2	2	

Nach Abschluss der Wahlen stellte die Versammlungsleiterin fest, dass keine Einwände gegen das Wahlverfahren und Wahlergebnis der Landesdelegiertenkonferenz erhoben werden und die Wahlen ordnungsgemäss erfolgt sind. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

10. Rede des Ehrenvorsitzenden der SP[Willy Brandt

Liebe Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

1

ich hätte gerne für die anderen mitgedacht, aber ich will gerne die Pause überbrücken, bis das Wahlergebnis vorliegt. Wenn es ein paar Minuten länger dauert, dann will ich es auch nicht übelnehmen.

Ich selbst habe mich sehr herzlich zu bedanken heute für das erneut, das wiederum ausgesprochene Vertrauen, mich an die Spitze Eurer Landesliste zu wählen. Ich werde gerne und mit Zuversicht mit Euch in den Wahlkampf gehen und mit den anderen, die hier heute gewählt werden oder in den Wahlkreisen längst nominiert sind, sondern mit der ganzen Partei, die an diesem Wahlkampf, die ja ein besonderer ist, davon war heute schon mehrfach die Rede, und um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in diesem größten Bundesland werben. Ich habe ein bißchen ein schlechtes Gewissen, weil ich die Altersstatistik durcheinander bringe. Also, wenn man feststellt, wie ist das Durchschnittsalter der Bundesabgeordneten der SPD in NW, geht das meines Kontos wegen, erheblich nach oben. Deshalb mache ich einen Vorschlag für die Zukunft: Laßt mich außen vor! Rechnet dann den Durchschnitt aus und macht eine Fußnote: Außerdem haben wir noch einen, dem wurde die Gnade der frühen Geburt zuteil, wofür er gar nichts weiter konnte, da er noch am Vorabend des 1. Weltkrieges zur Welt gekommen ist.

Dies ist kein leichter Wahlkampf für die SPD. Unter anderem deswegen, weil das, was mit der deutschen Frage zusammenhängt, nicht von vornherein zu unseren Gunsten verläuft. Und warum sollte ich es nicht zugeben, mein Eindruck war, daß einige von uns mehr als andere es uns mit dieser deutschen Frage vielleicht schwerer gemacht haben, als es sein muß. Erstens wurde leicht unterschätzt, welche Rolle es spielt, daß mehr als eine ganze Generation von Menschen herangewachsen ist, die aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten keinen engen intensiven Kontakt zum anderen Teil Deutschlands hatten, es sei denn, es gab Familienbeziehungen, die aber auch zum größten Teil sehr gedämpft und in Frage gestellt wurden. Dann gab es zweitens die Befürchtung, verständlich vor dem Hintergrund unserer Geschichte, dies könnte ein nationalistisches Deutschland werden. Die nationalistischen Gefühle könnten die Szene beherrschen. Ich sehe noch Texte vor mir, die jetzt allerdings rasch veraltet sind. Ich habe von Nationalismus nicht viel gemerkt und habe mich gefreut, daß ich davon nicht viel gemerkt habe, sondern habe mehr gemerkt, von einer etwas engen Einstellung zu den Dingen, die sich deutsch und europäisch zugleich gestalten lassen. Dies wird ja schon deshalb kein Nationalstaat alter Prägung, weil diese sich erweiternde Bundesrepublik von Anfang an ihren Platz in europäischen Strukturen hat und weil diese sich erweiternde Bundesrepublik von Anfang an ein föderatives Gebilde sein wird. Ich vermute, nach einigen Jahren, ein stärkeres Gewicht der Länder als in der bisherigen, etwas kleineren Bundesrepublik.

Ich glaube übrigens, liebe Freunde, daß wir mit der Formel von den Vereinigten Staaten von Europa auch nicht ganz unkritisch umgehen sollten. Das ist eine schöne Vorstellung, nur: Sie kommt ja nicht im Handumdrehen, sondern die Vereinigten Staaten von Europa oder was immer man so nennt, Mitterand nennt das die Europäische Konföderation, könnte ungefähr dasselbe sein, das wird sich ja in Etappen vollziehen. Das wird ja ausgehen von der Europäischen Gemeinschaft, die wir haben und die wird sich erweitern, erst um EFTA-Staaten und dann um einige Staaten im bisherigen Warschauer Pakt

früher als mit anderen und, bitte sehr, es wird trotzdem nicht eine Wiederholung des Zustandekommens der USA sein. Ich will das auch gar nicht. Dieses Europa, das zusammenwächst, wird, nach allem, was ich erkennen kann, nicht ein Schmelztiegel sein. Gewiß, man wird einander sehr viel näher kommen, wie die jungen Leute es ja heute schon sind, wenn sie andere Länder besuchen. Denen fällt das auch leichter, als manchen von uns älteren. Und gewiß werden die Regionen eine größere Rolle spielen, wie man es in Frankreich und Spanien schon ablesen kann, aber die gewachsenen, nennt es Einheiten oder nennt es, wie immer ihr wollt, das was sich aus der Geschichte, aus der gemeinsamen Kultur, aus der Sprache, die dazugehört, das wird verträglich, wie man erwarten kann, im Verhältnis zu anderen eine Rolle spielen. Die Sozialdemokraten tun gut daran, sich dazu nicht unnötig in einen Gegensatz zu begeben. Unsere SPD geht deshalb in einen schweren Wahlkampf, weil sie womöglich sehr benachteiligt worden ist, beim Neubeginn in der DDR, die sich ihrem Ende nähert.

Das kann und wird sich bessern. Ich habe den Eindruck, wir werden schon am 14. Oktober erleben, daß die nach vorne gehen, verglichen mit den Wahlen zur Volkskammer. Ich erwarte, daß es dann noch einen Schritt vorangeht, vom 14. Oktober zum 2. Dezember. Hoffentlich sind beide Schritte so, daß sie uns das westdeutsche Ergebnis nachher nicht unnötig herunterziehen. Punkt 2. Übrigens ich will gerne, wie es Johannes Rau ja heute früh getan hat, auch meinerseits sagen, wie sehr ich mich darüber freue, daß Friedhelm Farthmann und Anke Fuchs dort in Spitzenpositionen mithelfen, und wo wir können, sollten wir sie dabei unterstützen, das ist klar. Die dritte Belastung, relative Belastung, mit der wir hineingehen in diese Bundestagswahlen ergibt sich daraus, daß unser innenpolitischer Gegenspieler den Eindruck zu erwecken versucht, er könne erstens alles ganz allein und wird es zweitens ruhmreich zu Ende führen.

Inzwischen hat sich schon beim Einigungsvertrag gezeigt, ohne, oder gar gegen die Sozialdemokraten geht es selbst in dieser Runde nicht. Schon deshalb geht es nicht mehr, weil die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik mittlerweile im Bundesrat über die Mehrheit verfügen. Das ist nicht alles, aber es ist erheblich mehr als nichts. In Wirklichkeit hat sich ja auch gezeigt, und auch hier kann ich ohne Mühe an Johannes Rau heute früh anknürfen, ohne unsere seinerzeit hart umkämpfte Friedenspolitik, also des sich zähen Bemühens um die Schritte die hinführten zur Sicherung des Friedens, wäre der Umbruch, den wir jetzt nicht nur in Deutschland sondern in Europa erlebt haben, kaum möglich geworden.

Laßt mich hinzufügen. Ohne daß wir vor Jahr und Tag Berlin gesichert hätten, in Situationen in denen zuweilen der Krieg in den Straßen jener Stadt herrschte, ohne dies wäre die deutsche Einheit als reales Thema nicht auf der Tagesordnung geblieben. Und schließlich hörten wir nun immerzu Stimmen, die den Zusammenhang erkannt, erkiärt, wenn auch häufig unzulänglich erklärt haben, brauchten wir soweit nicht erst Nachhilfeunterricht zu nehmen.

Man kann heute entweder mit Stolz oder, wenn das zuviel ist, doch mit innerer Befriedigung sagen, wir sind durch wirklich unser Mittun, einer gesamteuropäischen Friedensordnung ziemlich nahe gekommen. Wir haben sie noch nicht. Wir sind ihr sehr viel näher, als jemand wie ich es noch vor fünf Jahren für möglich gehalten hätte. Wer hätte das gedacht, daß wir in dieses Konzept eingehen und hineingehen werden mit der Hälfte der Streitkräfte, die bisher die beiden deutschen Staaten zusammen hatten. Das kann noch

ein bißchen runtergehen. Ich glaube, wenn die europäische Friedensordnung so Gestalt annimmt, wie sie es annehmen kann, können wir auch mit 250.000 auskommen in der erweiterten Bundesrepublik.

Aber wichtiger ist, den Schritt zu erkennen, der jetzt möglich ist, ohne Seewaffen, ohne ABC-Waffen, ohne deutsche atomare Ambitionen. Ich füge hinzu, allerdings mit der klaren Vorstellung, wenn es nach mir geht, daß auch fremde Atomwaffen in Deutschland nicht mehr da sein sollten.

Vielleicht wird das doch noch was mit dem atomwaffenfreien Korridor, von dem die Palme-Kommission gesprochen hat vor zehn Jahren oder etwas weniger als zehn Jahren und wirklich, wie Johannes sagt, mit einer harten Haltung gegenüber dem elenden Geschäft der Waffenexporte. Ich meine, wenn wir Europäer ehrlich sind: Was spielt sich dort ab, im Irak? Was wird dort aufgeboten, falls es zum Krieg kommt: russische Panzer, französische Flugzeuge, deutsche chemische Werke, amerikanische Technologie. Das ließe sich noch eine Kleinigkeit fortsetzen. Da muß, über alle Bemühungen der Vereinten Nationen hinaus, die Europäische Gemeinschaft gedrängt werden zu einer klaren Haltung gegenüber diesem, wie ich es eben genannt habe, elenden Geschäft der Waffenexporte.

Ja bloß, wenn jetzt einer fragt, was unterscheidet uns von den Christdemokraten. Uns unterscheidet ja nicht alles. Wir haben ja auch gemeinsame Verantwortung in diesem Deutschland, was immer uns trifft. Wer war für diese Politik der Verständigung, der Friedenssicherung, wie sie sich jetzt abzeichnet. Wer ist gegen dieses Elend, von dem ich eben gesprochen habe oder diesen Skandal. Wer war für die Schritte, die hinführten – über Helsinki – zur Europäischen Friedensunion und wer war dagegen. Ja, nicht nur reden, auch als abgestimmt wurde, läßt sich doch nachlesen.

Wir haben zwei neue Erfahrungen gemacht, über die ich gerne etwas sagen will. Die eine ist die, daß wir in diesen letzten Wochen brutal daran erinnert wurden, daß es ein leichtgläubiger Irrtum gewesen wäre, aus der Überwindung der Ost-West-Konfrontation abzuleiten, das Thema Frieden habe sich erledigt. Das hat es nicht!

Sondern die Vermutung spricht eher dafür, daß in mehr als einem Teil der Welt neue Konfliktpotentiale freigesetzt werden. Es sei denn, sie würden durch die sich neu mausernden Vereinten Nationen gebändigt. Das ist ein widerspruchsvoller Prozeß, an dessen Beginn wir insofern stehen. Zum Teil wirkt sich die veränderte Ost-West-Relation aus durch die Verbreiterung von friedenssichernden Prozessen. Nehmt Korea als jüngstes Beispiel, aber es gibt ja mehrere Kambodschas, es gibt ja mehrere solcher Beispiele. Es wird aber dabei Regierungen geben, bei denen im Gegenteil der Wegfall der Ost-West-Konfrontation neue zerstörerische, jeweils gefährliche Kräfte freisetzt.

Es ist gut übrigens, was die Vereinten Nationen betrifft, daß es die Chance gibt, daß daraus mehr werden kann als es bisher gewesen ist. Daraus leitet sich dann übrigens, liebe Freunde, die Notwendigkeit ab, für uns, für die Deutschen, für die Bundesrepublik, zu prüfen, was sich hieraus ergibt. Wir gehören ja auch zu den Vereinten Nationen.

Ich hab, am Dienstag war's wohl, in Finnland einen langen Abend mit der ungewöhnlich tüchtigen Vorsitzenden der Japanischen Sozialistischen Partei, gesprochen. Die war der Meinung, was ihr Land angeht, sie könnten das alles über Geld regeln. Ich bin nicht sicher, die haben übrigens noch mehr Geld als wir - nicht die Sozialisten, aber Japan als Staat, und als Gesellschaft -, ich bin nicht sicher, ob das bei uns mit Geld allein zu machen ist.

Ich bin weiterhin gegen die Ausweitung militärischer Verpflichtungen über das Bündnis hinaus, zu dem wir gehören, das ja auch seinen Charakter übrigens ändern wird, denn du stehst ja bald vor der Frage, gegen wen brauchst du noch ein Bündnis. Es war mehr eine Frage für die Neutralen. Ich frag die neuerdings immer: Gegenüber wem seid Ihr eigentlich neutral. Das überlegen die auch – in Österreich oder in Schweden oder in Finnland. Aber, liebe Freunde, ich hab vor zwei Jahren, es ist ziemlich genau zwei Jahre her, am 1. September in Münster, nicht weit von hier, auf dem Parteitag gesagt, friedenssichernde Aktivitäten der Vereinten Nationen erhalten größere Bedeutung als bisher.

Auch die Bundesrepublik Deutschland kann einmal die Aufforderung erreichen, in dem einen oder anderen Fall, heißt nach eigener Entscheidung, daran mitzuwirken. Das mag uns in einem Fall möglich, in einem anderen ausgeschlossen erscheinen. Es mag auch sonst noch einiges zu bedenken und zu regeln sein – daran ist man hier jetzt. Aber daß wir der internationalen Staatengemeinschaft grundsätzlich unsere Unterstützung versagen, kann ich mir nicht vorstellen. Das ließe sich heute noch ein bißchen deutlicher sagen, aber dazu habe ich keine Lust, wird sich ohnehin ergeben, wird uns vielleicht mehr nach der Bundestagswahl als vor dieser befassen.

Was Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 15. August, ich sag das mit meinem Respekt vor den Leistungen respektive der Regierung Rau, was der Ministerpräsident in dieser Regierungserklärung, und zwar schon gleich auf der ersten Seite, zum Thema Nord-Süd gesagt hat, das verdient über das Land hinaus Beachtung, und dazu muß ja unzweifelbar gehören, daß Mittel umgelenkt werden, Nun gibt es schon die Leute, die sagen, es wird gar keine Friedensdividende geben, denn erstens zeige uns Irak, zuviel abrüsten dürfe man auch nicht und zweitens, was stimmt, Abrüstung kostet auch Geld. Das wissen ja nicht alle, daß zum Beispiel diese chemischen Waffen, die jetzt weggeschafft werden, die zu vernichten, kostet mehr als das, was es gekostet hat, sie zu produzieren. Einen Panzer zu vernichten kostet immerhin auch 20 000/25 000 Dollar. Das ist natürlich sehr viel weniger als es kostet, ihn herzustellen. Aber die Rüstungskonversion kriegt man nicht gratis. Umstellungen gewisser Wirtschaftszweige kosten auch.

Trotzdem, es muß eine Aufgabe von Sozialdemokraten sein und anderen, die es gut mit ihnen meinen, dafür zu sorgen, daß ein nennenswerter Teil dessen, was sonst in weitere Rüstungen hineingesteckt und objektiv verpulvert würde, umgelenkt wird für den Kampf gegen den Hunger und die Seuchen der Welt und daß ja immer mehr klar geworden ist, auch für die Lösung internationaler Umweltaufgaben. Ich halte das für goldrichtig, was drinsteht in Eurem Programm - über die ökologische Erneuerung Deutschlands, der Bundesrepublik Deutschland, Europas. Aber wir wissen doch auch, in wie starkem Maße das auf uns zukommt und uns bedrückt, was weit von uns entfernt an Unheil angerichtet wird. Also muß man es international anpacken, auch anpacken die uns bedrohenden Völkerwanderungen.

Noch vor kurzem, wenn man in diesem Europa diskutierte, erschien das Thema neuer Völkerwanderungen sich zu reduzieren, auch schon wichtig genug, auf das Thema, wieviele Millionen wollen noch oder erst von Nordafrika übers Wasser nach Spanien und Italien und wieviele wollen dann von dort weiter. Im Laufe ganz kurzer Zeit hat sich herausgestellt, eine Ost-West-Wanderung in Europa wird mindestens zu einem ebenso großen Problem werden. Und hier

wiederum, denke ich, sind wir Sozialdemokraten uns zumindest einig: So wenig Illusionen man haben darf, aber der Versuch muß gemacht werden, die Verhältnisse in den Ländern, in denen die Probleme entstehen, den Problemen dort nahe zu kommen und in aller Nüchternheit klarzumachen – so sehr wir dabei bleiben, daß dies Land ein Land sein muß, das politisches Asyl gewährt, ein Aufnahmeland, ein Einwandererland-, ohne Grenzen kann diese Bundesrepublik Deutschland nicht sein. So einfach ist das.

Ich habe gesagt, es hätten sich zwei Entwicklungen, jedenfalls aus meiner Sicht, neu gestellt in diesen letzten Monaten. Das zweite ist, es hat sich gezeigt, relativ rasch gezeigt, daß die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, manche nennen das Revolution, war es vielleicht auch, widerspruchsvoller sind und daß sie in ihrer konkreten Ausprägung von Land zu Land differenzierter sind als wir es zunächst vermuten mochten. Das gilt es dann besonders im Auge zu behalten, auch wo es um die politischen Gruppierungen geht. Einige von uns, mich eingeschlossen, warum soll ich das nicht zugeben, haben wohl etwas zu früh und zu pauschal von einer Renaissance der Sozialdemokratie, also einem Wiedererstehen der Sozialdemokratie im anderen Teil Europas gesprochen. Dabei wurde übersehen, daß schwere Erbiasten des Stalinismus wider Willen und Gerechtigkeit auch von denen zu tragen sind, die in sozialdemokratischer oder demokratisch-sozialistischer Tradition, ich sehe da keinen großen Unterschied, und gerade deshalb verfemt und verfolgt worden waren. So wie in Klammern gesagt, auch die aufbrechenden Nationalismen in einer Reihe der Staaten östlich von uns. Auch ein Stück Erbe stalinistischer Herrschaft oder kommunistischer Herrschaft, wie wir normalerweise sagen. Die Generationslücke macht sich zusätzlich geltend, zumal die alten roten Symbole der Arbeiterbewegung gerade bei vielen aus der jüngeren Generation diskreditiert sind. Ich vermute, nicht nur von heute bis übermorgen. Dies, was sich da abspielt, im Verhältnis zu allem, was sozialistisch sich nennt oder genannt wird, wird, so vermute, ja so hoffe ich, nicht das Urteil der Geschichte sein. Und ich denke, wir haben gar keinen Grund, uns Stimmungen eines tiefen Pessimismus hinzugeben. Aber es wird einige Zeit brauchen, bis das Wasser klarer wird, bis sich das wieder setzt, was aufgewühlt worden ist. Und in dieser Zeit werden wir genau beobachten müssen, nicht nur danach gehen dürfen, wer nennt sich Sozialdemokrat, sondern: Wer vertritt das, was uns nahe kommt? Und das trägt in Polen heute schon andere Namen als in Ungarn und wird in der Sowjetunion ich sprach dieser Tage in Wien mit russischen Sozialdemokraten, Mitgliedern des obersten Sowjets - diskutiert. Es wird sich sehr unterschiedlich in den verschiedenen Teilen des sogenannten bisherigen Ostblocks darstellen.

Ende des Monats werden wir nun eine Partei sein auf deutschem Boden. Da ich schon von Schwächen gesprochen habe, die uns zu schaffen machen: Sicher gehört hierzu, daß es uns und zumal unseren Freunden, die das dort neu in Gang gesetzt hatten in Ostberlin und auch außerhalb Ostberlins, denen ich aber nichts vorwerfen kann, sicher ist uns im letzten Spätherbst und dann über die Jahreswende hinweg das Wort an die alten und die jüngeren Sozialdemokraten im anderen Teil Deutschlands noch nicht recht gelungen. Und sicher ist denen, die das dort neu in Gang gesetzt haben, das Wort an die Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, noch nicht gut genug gelungen ist. Und gerade was dieses angeht, gilt es die historische Brücke zu schlagen: Zu denen, die nach dem Zweiten Weltkrieg dabei waren, die leidgeprüften, die unbescholtenen Sozialdemokraten, auch wenn sie in der Einheitspartei landeten, und den Brückenschlag hin zu den nach wirklich neuen Wegen suchenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ich hoffe, dazu kann der gemeinsame Parteitag Ende des Monats in Berlin schon einen Beitrag leisten.

6

Dann haben wir in der folgenden Woche das Einholen der Flagge der anderen Seite. Dann haben wir den Staatsakt mit dem Bundespräsidenten. Das ist eine Geschmacksfrage, ob man dazu die Staatsoberhäupter der anderen einlädt. Ich glaube, es ist in erster Linie unser Tag, wenn die beiden Deutschland wieder zusammenkommen. Aber gewiß muß auch eine Gelegenheit gefunden werden, die Rolle zu würdigen, die veränderte Rolle jetzt der bisherigen noch über Sonderrechte verfügenden Mächte. Dann wird am 4. Oktober zum ersten Mal der erweiterte Bundestag tagen, in Berlin, in dieser Übergangsphase bis zum Dezember. Ich glaube, ich soll dort antworten, wenn Kohl gesprochen hat. Und am 5. Oktober, am Tag danach, wird dieser erweiterte Bundestag in Bonn sein.

Ja, ich habe mir gedacht, als ich mir meine Notizen gemacht habe: Sollst du nun bei einer solchen Gelegenheit das heiße Eisen "Hauptstadt" einfach liegenlassen? Sollst du nicht sagen, daß deiner Meinung nach die Frage "Berlin oder Bonn? Bonn oder Berlin?" falsch gestellt ist. Soll denn das nach deiner und anderer Wertung der Zusammenhänge jetzt hinauslaufen dürfen auf etwas, was Bonn und Berlin, Berlin und Bonn heißen wird, wie immer man die Uhr konstruiert, um die es sich hier handelt. Also, denkt nicht, daß ich das nur als alter Versöhnler sage, der in kritischen Situationen sich bemüht, Dinge unter einen Hut zu bringen, sondern ich glaube: Es geht gar nicht anders. Gewiß läuft es auf eine Teilung einer Reihe zentraler Aufgaben hinaus. Übrigens, dann nicht nur auf diese beiden Städte bezogen. Schon in der Bundesrepublik, die wir jetzt haben, gibt es wichtige zentrale Bundesaufgaben. Und die Bank soll in Frankfurt bleiben, und die Gerichte sollen jedenfalls zur Hälfte in Karlsruhe bleiben, weil: Die andere Hälfte kann nach Leipzig. Denn das war geschichtlich ein großer Gerichtssitz in Deutschland und irgendeine wichtige kulturelle Institution, würden die Länder auch ein bißchen mit drüber nachdenken, sollte meiner Meinung nach Weimar kommen: Weimar, das in der deutschen Geschichte und im europäischen Kulturzusammenhang seine Rolle spielt.

Also, dann dürft ihr einem früheren Berliner Bürgermeister nicht übel nehmen, wenn er, dort wo die Debatte ein bißchen emotional wird, sich den Hinweis erlaubt: Brauner als andere deutsche Städte war Berlin auch nicht!

Und gewiß ist Bonn besonders stark mit der Europäischen Gemeinschaft verbunden, aber keiner wird bestreiten können, daß Berlin auch in Europa liegt, und daß Berlin sogar eine besondere Rolle spielt, spielen kann, in dem sich erweiternden Europa, der sich erweiternden Gemeinschaft.

Und wenn ich noch eine Frage stellen darf. Ich kann ja nicht recht erkennen, was die Berliner seit dem 9. November 1989 verbrochen hätten, woraufhin man ihnen gegenüber jetzt eine Rechnung aufmacht, die man bis zum 9. November nicht aufgemacht hatte. Da waren wir doch alle für Berlin.

Wir haben jetzt einen Wahlkampf zu führen. Und dann wird ein gesamtdeutsches Parlament gewählt. Und dann hat dieses zu entscheiden Eine ganze Menge von Fragen, wichtigen Fragen. Nicht alles wird dadurch besser, daß man es überstürzt. Und jedenfalls haben wir es hier mit einer Materie zu tun, die durch ein Überangebot an Emotionen eher Schaden leidet, denn gefördert wird.

Ich will Euch schließlich noch sagen: Natürlich freu ich mich, nach allem, was man so durchgemacht hat in diesem Land seit dem Zweiten Weltkrieg, ich freue mich, daß jetzt das in Gang gekommen ist, was die Menschen zusammenführt. Ich hoffe, daß nicht noch unnötig viel Mist gemacht wird. Aber ich sage Euch ebenso, ich bin tieftraurig über das Ausmaß an Unzulänglichkei-

ten, das sich in Ostberlin wie in Bonn gezeigt hat, auf ganz unterschiedliche Weise. Ich kann das eher verstehen, wo es um Ostberlin geht. Aber es war auch schon zum Teil schwer verständlich, wie die sich verheddert haben. Auf die Bundesrepublik bezogen, ja, ich würde es mal so sagen, an jenem 10. November, nachdem die Mauer gefallen war und man sich dort geäu-Bert hat, da habe ich wörtlich gesagt in einer improvisierten Rede im Rathaus, die immer mit einem anderen Satz noch zitiert wird, da hatte ich gesagt: Ich hoffe, die Schubladen sind nicht leer, was das Geistige angeht. Und dann im nächsten Satz: Ich hoffe, auch die Kassen geben was her. Also bitte, bei den Schubladen meinte ich nicht das Geld. Sondern ich dachte, es gäbe was, womit wir vorbereitet wären auf den Vorgang. Es war nichts da. Ich weiß nicht, wieviele Millionen im Laufe der Jahre ausgegeben worden sind für Institute, die angeblich mit diesem Vorgang etwas zu tun haben sollen. Aber auch wenn die nichts hatten und sägen würden: "Ja, damit haben wir nicht gerechnet, daß es so kommt und daß es jetzt kommt". Aber daß seitdem durch falsche Dispositionen so viele Milliarden verschleudert worden sind, nicht vernünftig eingesetzt worden sind, das sollten wir den anderen unter die Nase reiben.

Es wird teurer. Es geht drüben in der Wirtschaft mehr kaputt als hätte kaputt gehen müssen, das hilft jetzt nichts. Auf der anderen Seite, das ist jetzt überhaupt keine kritisché Anmerkung zu dem guten Programm, das die Kommission mit Oskar Lafontaine ausgearbeitet hat, schon gar keine kritische Anmerkung zur Energiepolitik und den damit verbundenen finanziellen Dispositionen. Ich habe davon unabhängig meine großen Zweifel, ob Sozialdemokraten sich ohne Not zu den Trägern von Unheilsbotschaften machen müssen. Damit will ich sagen, eine Seite ist, dem Kohl unter die Nase zu reiben, daß war nicht in Ordnung, den Leuten zu erzählen: Ihr kriegt das zum Nulltarif. Das ist die eine Seite. Aber ob man, zumal noch im staatsöffentlichen Streit gelegentlich untereinander zwischen Sozialdemokraten die Last abnimmt, zu sagen, wie das finanziert wird, das bitte ich nochmal zu überlegen. Der Grundgedanke muß allerdings bleiben, denke ich, daß die Sozialdemokraten eine Partei sind, die im Zeichen der Forderung nach Solida~ rität entstanden sind. Dies muß im Prinzip, nicht nur wie es damais galt, für die Schwächeren untereinander gelten. Es muß, so haben wir es auch im Laufe der Jahre zunächst definiert, als eine Pflicht der Stärkeren gegenüber den Schwächeren verstanden werden. Das heißt dann auch, des stärkeren Teils Deutschlands gegenüber dem schwächeren. Wohlwissend, daß daraus in wenigen Jahren etwas wird, daß aus dem schwächeren Teil sogar den in mancherlei Hinsicht avancierteren Teil werden lassen können.

◩

Christoph Zöpel hat hier eben zum Regierungsprogramm Stellung genommen. Ich finde, daß ist ein gutes Papier, wenn der auch von Christoph Zöpel zitierte freidemokratische Graf würde ich sagen, denn er meint, das sei das Programm einer 30 %-Partei, so spricht er dann erstens immer noch von den Trauben, die für ihn zu hoch hängen. Aber ich denke, auch er und andere können nicht leugnen, daß wir, wie es Zöpel eben deutlich gemacht hat, in der DDR in einigen Teilen viel mehr, in anderen weniger in Wirklichkeit vor der ökonomischen Katastrophe stehen. Das ist nicht mehr Belastung. Das ist nahe an der Katastrophe dran und um hier Abhilfe zu schaffen, sind energische Maßnahmen und Konzepte gefordert. Und es ist kein Zweifel daran, daß der Neuaufbau der Wirtschaft der bisherigen DDR von Beginn an mit der Wahrung ökologischer Orientierungspunkte verbunden sein muß und dafür bietet das Regierungsprogramm gute Handlungshinweise.

ich denke und habe mich dafür schon bedankt neulich in der Bundestagsfraktion, bei denen, die die Besprechungen und Verhandlungen geführt haben. Die Gespräche am ovalen Tisch in dieser letzten Runde, die haben auf den hier schon heute morgen erwähnten Gebieten zu wichtigen Zwischenergebnissen geführt. Ich kenne freilich Staaten, in denen die Frage der gemeinsamen, wenn Ihr so wollt, der gemeinsamen nationalen Verantwortung schon früher und deutlicher gestellt worden wäre. Wo auch die Frage der Einigung zu parteiübergreifender Verantwortung groß geschrieben werden muß, was ja in Wirklichkeit auch für die sichtlich erweiterte Europäische Gemeinschaft gilt. Schaut Euch das Europa der EG an einschließlich der EFTA-Staaten und Ihr kommt zu dem Ergebnis: Wir leben in einem Zustand des relativen neuen Denkens, etwas links und etwas rechts. Hieraus und aus den objektiv sich stellenden Fragen folgert, daß neben all dem, was umstritten ist und worüber gestritten werden muß. Bereiche gemeinsamer Verantwortung notwendigerweise erschlossen werden müssen.

Ich will jetzt nur noch sagen, daß ich jetzt zweimal den Ausdruck der sich erweiternden Europäischen Gemeinschaft gebraucht habe. Dies versteht sich nicht immer noch primär als die Sache der Wirtschaftsgemeinschaft. In Wirklichkeit wird die europäische Sicherheitsordnung, Friedensordnung, die wird abzulesen sein, bevor die Europäische Gemeinschaft, wie wir sie kennen, erweitert ist. Außerdem wird klar sein, wer an dieser sich erweiternden Gemeinschaft teilhaben will, der muß zum Europa der Menschenrechte ja sagen oder er kann nicht dazugehören. Zum freiheitlichen Europa kann nur gehören, wer die Menschenrechte garantiert und den Grunderfordernissen pluralistischer Demokratie gerecht wird. Ich rate sehr dazu, schließlich, liebe Freunde, ich rate sehr dazu, keines der handfesten Themen bei uns zuhause, bei uns zuhause heißt jetzt bald auch einschließlich DDR, zu vernachlässigen. Ich rate gleichzeitig dazu, unser europäisches Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, sondern vielen in unserm Volk deutlich zu machen, so daß sie es hoffentlich verstehen. Den Frieden kann man nur mit den anderen zusammen dauerhaft sichern, soziale Sicherheit werden wir auch nur in der Gemeinschaft halten und weiterführen. Das gilt für die soziale und ökologische Erneuerung, also das Kernstück des Regierungsprogramms Lafontaine. Ganz zu schweigen von den Menschheitsaufgaben, die wichtiger werden: Hunger, Umweit, zusätzlich zu den dann dennoch immer bestehenden Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt. All dies sind nicht national zu isolierende Gegenstände, aber es sind alles Aufgaben auf die zuzugehen, die voranzubringen, so gut es geht, sich wahrlich lohnt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

11. Schlusswort

Johannes R a u verzichtete auf ein Schlusswort.

Antje Huber schloss die Landesdelegiertenkonferenz um 15.45 Uhr mit einem Dank an alle Mitwirkenden.